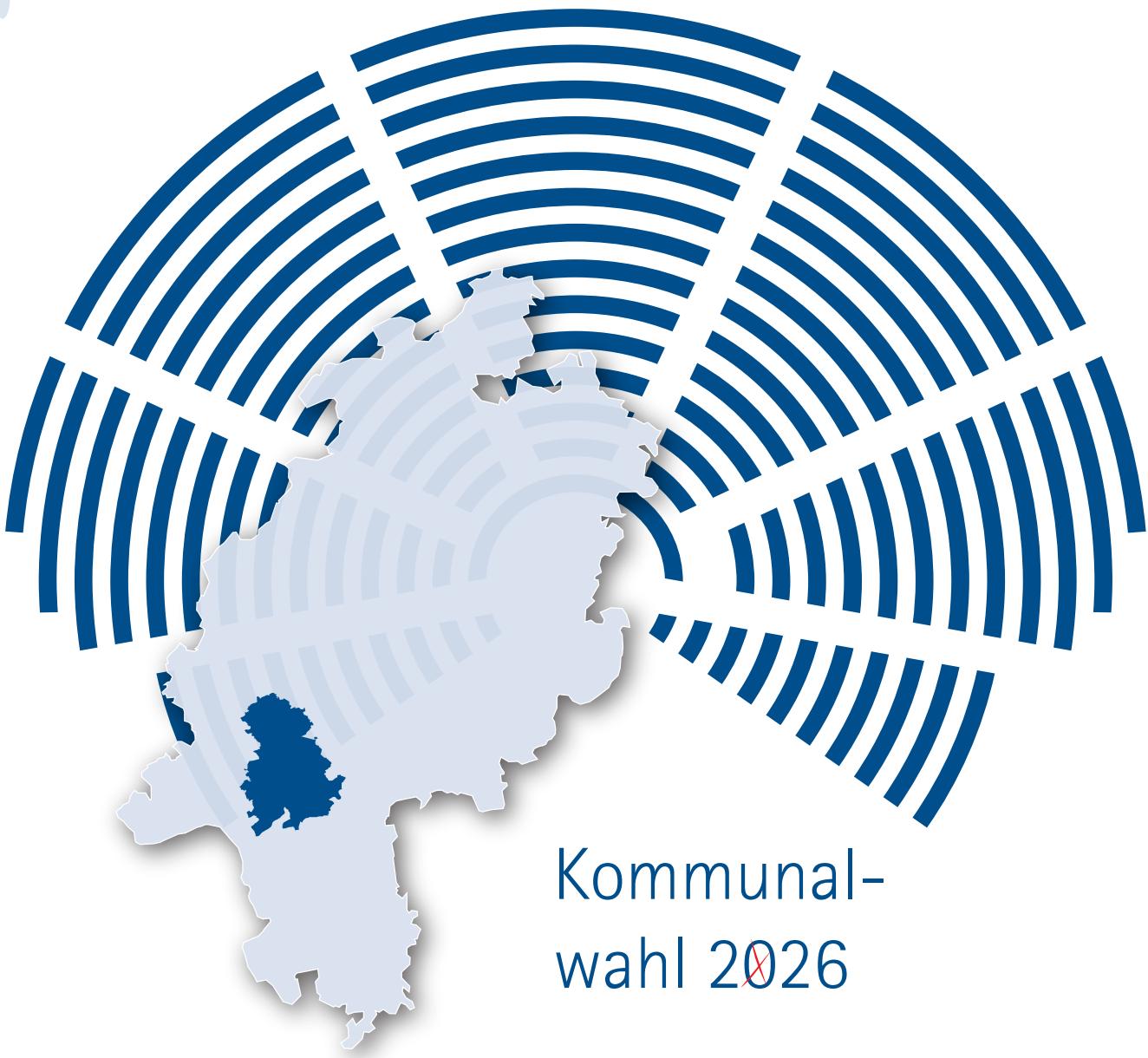




Kommunalwahl 2026 in Hessen

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE POSITIONEN DER IHK FRANKFURT AM MAIN



INHALT

| | |
|---------------------------------------|----|
| VORWORT | 5 |
| ERGEBNISSE DER IHK-STANDORTUMFRAGE | 6 |
| 1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG | 8 |
| 2. VERKEHRS- UND ENERGIEINFRASTRUKTUR | 14 |
| 3. HANDEL UND TOURISMUS | 21 |
| 4. DIGITALE WIRTSCHAFT | 29 |
| 5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE | 33 |
| 6. KOMMUNALFINANZEN | 39 |
| IMPRESSUM | 43 |

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,



die Wirtschaft im IHK-Bezirk Frankfurt am Main hat in der zurückliegenden Legislaturperiode große Herausforderungen gemeistert. Sowohl die Bewältigung der Coronapandemie als auch der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist unserem wirtschaftlich breit aufgestellten Standort gelungen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unserem IHK-Bezirk ist in dieser Zeit von rund 800.000 auf über 850.000 gestiegen, die Gewerbesteuererträge liegen auf Rekordhöhe. Für diesen Erfolg sind die hiesigen Unternehmen und deren Beschäftigte verantwortlich.

Unser Wirtschaftsstandort steht aber auch vor vielfältigen Herausforderungen. Dazu zählen Aufgaben in Sachen Bürokratieabbau, Fach- und Arbeitskräftemangel, Nachhaltigkeit und Digitalisierung. Zudem ist die Flächenentwicklung für Industrie und Gewerbe sowie die Schaffung von beziehbarem Wohnraum von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung. Gute Rahmenbedingungen für Finanzplatz, Industrie, Handel und Tourismus sind wichtig und der Erhalt sowie der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unter Berücksichtigung aller Mobilitätsträger bleibt eine Daueraufgabe.

Gerade bei den Themen, die von besonderer Relevanz für den Standort sind, sollten Entscheidungen stärker unter dem Blickwinkel der Anforderungen der Unternehmen getroffen werden. Denn, ob der Erfolg unseres Wirtschaftsstandortes auch in Zukunft gesichert ist, wird vor allem vor Ort entschieden. Durch den Abbau von Regulierung, mehr Digitalisierung, der Schaffung eines technologieoffenen und investitionsfreundlichen Umfeldes sowie einer leistungsstarken sozialen und technischen Infrastruktur und die Bereitstellung von Flächen für Wirtschaft und Fachkräfte können jetzt die Weichen gestellt werden.

Die regionale Wirtschaft legt mit den folgenden Positionen zu den anstehenden Kommunalwahlen 2026 die aus ihrer Sicht wichtigsten Vorschläge zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes vor. Zugleich laden wir die politisch Verantwortlichen zum Dialog mit der hiesigen Wirtschaft ein, um unseren IHK-Bezirk gemeinsam zukunfts- und wettbewerbsfähig zu gestalten.

Ich wünsche Ihnen eine informative Lektüre.

Ulrich Caspar
Präsident
IHK Frankfurt am Main

ERGEBNISSE DER IHK-STANDORTUMFRAGE

STANDORTBEWERTUNGEN DER UNTERNEHMEN WEISEN AUF VERBESSERUNGSPOTENZIALE HIN

Die IHK Frankfurt am Main hat im Herbst 2024 eine Umfrage zur Standortzufriedenheit der Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main, des Main-Taunus-Kreises und des Hochtaunuskreises durchgeführt und diese mit den Werten für das Jahr 2020 verglichen. Dabei hat sich gezeigt: Der Standort Frankfurt am Main erhielt mit einer Gesamtnote von 2,5 erstmals eine geringfügig schlechtere Bewertung als die beiden Landkreise. Der Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis als Standorte wurden jeweils mit der Note 2,4 und somit ebenfalls als „gut“ bewertet. Auffällig ist, dass alle drei Standorte gegenüber dem Jahr 2020 schlechter bewertet wurden.

STANDORT FRANKFURT AM MAIN

Der Standort Frankfurt am Main erhält im Jahr 2024 eine Gesamtnote von 2,5, was ihn wie in den Jahren zuvor als „gut“ klassifiziert. Im Vergleich zur Vorumfrage hat sich die Gesamtbeurteilung des Standorts Frankfurt allerdings deutlich verschlechtert (2020: Durchschnittsnote 2,0). Diese Verschlechterung weist auf erhebliche Verbesserungsbedarfe hin.

Ein besonders dringlicher Handlungsbedarf besteht in der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren, die seit dem Jahr 2020 an Bedeutung für die Unternehmen gewonnen hat. Auch die Dauer von Genehmigungsverfahren, die Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer sowie die Energiekosten wurden als Bereiche mit verstärktem

Insgesamt wurden 32 verschiedene Standortfaktoren abgefragt. Besonders dringlich sind in allen Standorten Themen wie die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren, die Dauer von Genehmigungsprozessen, Energiekosten sowie die Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunalpolitik. Regionale Unterschiede zeigen sich unter anderem bei der Breitbandversorgung, Wohnraum und Gewerbemieten. Überall bleibt die Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften ein zentrales Anliegen der Unternehmen.

Handlungsbedarf identifiziert. Zudem wurden in Frankfurt am Main die Parkmöglichkeiten für Autos und die Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunalpolitik von den Unternehmen als stark verbessungswürdig eingestuft.

Die Verfügbarkeit von Wohnraum, die Höhe der Gewerbemieten, der Zustand der Straßeninfrastruktur sowie die Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften bleiben seit dem Jahr 2020 für die Unternehmen weiterhin Themenfelder mit besonderem Handlungsbedarf. Im Vergleich zu den Werten aus dem Jahr 2020 haben die Bedarfe jedoch etwas an Relevanz für die Unternehmen verloren.

DIE ZEHN THEMEN (AUS 32) MIT DEM HÖCHSTEN HANDLUNGSBEDARF IN FRANKFURT AM MAIN

- | | |
|---|---|
| ↑ Digitalisierung der Verwaltungsverfahren | ↓ Verfügbarkeit von Wohnraum |
| ↑ Dauer von Genehmigungsverfahren | ↑ Energiekosten |
| neu Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunalpolitik | ↓ Gewerbemieten |
| ↑ Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer | ↓ Zustand der Straßeninfrastruktur |
| neu Parkmöglichkeiten für Autos | ↓ Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften |

STANDORTE MAIN-TAUNUS-KREIS UND HOCHTAUNUSKREIS

Für die Standorte Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis zeigte die Unternehmensbefragung einen ähnlichen Trend auf: Im Main-Taunus-Kreis verschlechterte sich die Bewertung von der Durchschnittsnote 2,0 im Jahr 2020 auf die Note 2,4 im Jahr 2024 deutlich. Im Hochtaunuskreis sank die Durchschnittsnote leicht von 2,3 im Jahr 2020 auf ebenfalls 2,4 im Jahr 2024. Auch wenn die insgesamt vergebenen Noten für die Standortbedingungen in beiden Landkreisen noch als „gut“ angesehen werden, zeigt die Umfrage, dass die Unternehmen zunehmend kritischer auf die Standortbedingungen blicken.

Dabei wurden viele der Handlungsbedarfe von den Unternehmen in beiden Regionen ähnlich eingeschätzt: Die Handlungsfelder Digitalisierung der Verwaltungsverfahren, Dauer von Genehmigungsverfahren, Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunalpolitik, Energiekosten sowie die Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer sind für die Unternehmen besonders wichtig und haben seit dem Jahr 2020 weiter an Bedeutung zugenommen.

Auch die Verfügbarkeit von Wohnraum, die Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften sowie die Breitbandversorgung bleiben für die Unternehmen Themen mit Verbesserungspotenzial. Dabei zeigten sich Unterschiede zwischen den Landkreisen: Während im Main-Taunus-Kreis das Thema Breitbandversorgung an Bedeutung gewonnen hat, wird die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften im Vergleich zum Jahr 2020 als weniger dringlich eingestuft. Im

Gegensatz dazu hat die Relevanz der Verfügbarkeit von Wohnraum sowie von beruflich qualifizierten Arbeitskräften im Hochtaunuskreis zugenommen, während das Thema Breitbandversorgung an Bedeutung verloren hat.

Weitere regionale Unterschiede wurden bei den Prioritäten der Bedarfe identifiziert: Im Main-Taunus-Kreis zählen die kommunalen Abgaben und Gebühren sowie das Thema Gewerbemieten zu den zehn wichtigsten Handlungsfeldern, während im Hochtaunuskreis die Gewerbeflächen- und Grundstückspreise sowie Parkmöglichkeiten für Autos besonders im Fokus stehen.

Zusammenfassend ergab die Umfrage im Jahr 2024 eine insgesamt gute Bewertung der Standortbedingungen sowohl im Main-Taunus-Kreis als auch im Hochtaunuskreis. Allerdings verdeutlicht die Verschlechterung der Standortbewertung im Vergleich zur Vorumfrage 2020 einen kontinuierlichen Handlungsbedarf.

DIE ZEHN THEMEN (AUS 32) MIT DEM HÖCHSTEN HANDLUNGSBEDARF IN DEN LANDKREISEN

Main-Taunus-Kreis

- ↑ | Digitalisierung der Verwaltungsverfahren
- ↑ | Dauer von Genehmigungsverfahren
- neu | Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunalpolitik
- ↑ | Breitbandversorgung
- ↓ | Verfügbarkeit von Wohnraum
- ↓ | Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften
- ↑ | Energiekosten
- ↑ | Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer
- ↑ | Kommunale Abgaben und Gebühren
- ↑ | Gewerbemieten

Hochtaunuskreis

- ↑ | Dauer von Genehmigungsverfahren
- ↑ | Digitalisierung der Verwaltungsverfahren
- neu | Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunalpolitik
- ↑ | Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer
- ↑ | Energiekosten
- ↑ | Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften
- ↑ | Verfügbarkeit von Wohnraum
- neu | Parkmöglichkeiten für Autos
- ↓ | Breitbandversorgung
- ↓ | Gewerbeflächen- | Grundstückspreise

1. STANDORT- UND FLÄCHENENTWICKLUNG

WIE ES IST

Der IHK-Bezirk Frankfurt am Main ist und bleibt ein attraktiver Wirtschaftsstandort und zieht Unternehmen und Beschäftigte

an: Laut Berechnung des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aus dem Jahr 2021 wird die Bevölkerung im IHK-Bezirk bis zum Jahr 2045 um circa 114.000 Menschen auf knapp 1,35 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner steigen. Parallel ist der Fach- und Arbeitskräftemangel laut dem IHK-Fachkräftetreport 2024|25 für fast die Hälfte der Unternehmen eine der größten Herausforderungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Um die Prosperität des Standortes zu sichern, ist die Wirtschaft daher auf die Weiterentwicklung des Gewerbestandortes und den Zuzug von Fach- und Arbeitskräften angewiesen.

Flächenkonflikte nehmen zu: Die Wirtschaft benötigt Platz für Gewerbebetriebe, während gleichzeitig neuer Wohnraum dringend benötigt wird, um den Fachkräftemangel zu bewältigen. Durch die weiterhin anhaltende Zuzugsdynamik konkurrieren diese verschiedenen Nutzungsansprüche um das begrenzte Angebot. Wohnraumprojekte werden zunehmend durch die planungsrechtliche Umwidmung gewerblicher Flächen im Innenbereich realisiert, anstatt neue Wohnbauflächen auszuweisen. Gleichzeitig belasten gebietsfremde Nutzungen, planungsrechtliche Vorgaben und großflächige Begrünungsfestsetzungen in Bebauungsplänen die Gewerbe- und Industriegebiete zusätzlich, was den ohnehin angespannten Gewerbeflächenmarkt weiter unter Druck setzt.

Zunehmender Mangel an Gewerbeflächen und -entwicklungs potenzialen: Im IHK-Bezirk Frankfurt am Main bleibt der Mangel an Gewerbe flächen ein anhaltendes Problem, das die Wettbewerbsfähigkeit der Region gefährdet. Dies betrifft sowohl expansionswillige Bestandsunternehmen als auch Neuansiedlungen. Eine besonders starke Nachfrage ist in den Bereichen Logistik, produzierendes Gewerbe und Rechenzentren zu beobachten. Oft fehlt es am politischen Willen, für die Bebauung

vorgesehene und identifizierte Flächen zu entwickeln. Dies führt mittelfristig zu Standortverlagerungen von Unternehmen, erschwert den Zuzug von Fach- und Arbeitskräften und erhöht den Pendlerverkehr.

Verlust logistischer Infrastruktur: Innenstadtnahe Logistikflächen wie Gleisflächen oder Hafenanlagen werden zunehmend in Grünflächen, Wohnbauprojekte oder gemischte Quartiere umgewandelt. Dadurch gehen wichtige Flächen für eine emissionsarme Ver- und Entsorgung verloren, die angesichts der angestrebten Verkehrswende verstärkt in die Stadtplanung einbezogen werden sollten.

Angebot auf dem Wohnungsmarkt reicht nicht aus: Zwischen 2021 und 2023 wurde in Frankfurt am Main nur 61 Prozent dessen gebaut, was rein rechnerisch pro Jahr nötig wäre. Im Main-Taunus-Kreis lag diese Quote bei 71, im Hochtaunuskreis bei 69 Prozent.¹ Dies spiegelt sich auch in der IHK-Standortumfrage 2024 wider: Das Thema Verfügbarkeit von Wohnraum wurde sowohl von Unternehmen in Frankfurt am Main als auch von Unternehmen der beiden Landkreise als einer der relevantesten Handlungsbedarfe identifiziert und den zehn wichtigsten Verbesserungspotenzialen zugeordnet.

Neubauaktivitäten brechen ein: Der Immobilienmarkt im IHK-Bezirk Frankfurt am Main befindet sich angesichts der schwierigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen vor Ort und wachsenden geopolitischen Risiken unter Druck. Aufgrund der gestiegenen Baukosten und der hohen Grundstückspreise sind die Genehmigungs- und Fertigstellungszahlen eingebrochen.

Druck auf dem Mietmarkt steigt: Die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt im IHK-Bezirk Frankfurt am Main hat sich zuletzt zum Teil deutlich verschärft. In Frankfurt am Main liegt die Leerstandsquote im Jahr 2024 bei 0,2 Prozent.² Eine weitere Verknappung und in der Folge weitere Mietanstiege sind daher zu erwarten.

¹ Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, IW-Report 39|2024

² Quelle: Leerstandsindex des Maklerunternehmen CBRE und des Forschungsinstituts Empirica

WAS ZU TUN IST

■ **Strategische Entwicklung von Gewerbe- und Wohnflächen:**

Die Wirtschaft im IHK-Bezirk Frankfurt am Main ist auf die ausreichende Verfügbarkeit von Flächen für Gewerbe und Wohnraum angewiesen. Daher ist eine langfristige und strategische Wohn- und Gewerbebeflächenpolitik notwendig. Dabei sollten Entwicklungshindernisse abgebaut und langfristige Planungssicherheit für Unternehmen geschaffen werden. Das Konzept der „Urbanen Produktion“ in gemischt genutzten Quartieren bietet zwar Ansätze, jedoch nur begrenzte Möglichkeiten für emittierende Unternehmen.

■ **Effizientere und nachhaltigere Flächennutzung:**

Ein effizienter Umgang mit der Ressource Fläche erfordert innovative Ansätze in Neubau- und Bestandsgebieten. Höhere Nutzungsdichten und die Integration nicht störender Gewerbebetriebe in Wohngebäuden fördern kompakte, wohnortnahe Strukturen.

■ **Erhalt bestehender Wirtschaftsflächen:**

Um den Gewerbebeflächenmangel nicht zu verschärfen, sollten bestehende Wirtschaftsflächen gesichert werden. Dies gilt auch für ungenutzte Infrastruktur wie Bahn- und Hafenanlagen.

■ **Ausweisung neuer Baugebiete:**

Kommunen sollten verstärkt Bauland unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte, bestehender Infrastruktur und Arbeitsplätze ausweisen. Interkommunale Kooperationen sind zu intensivieren, um größere Flächen effizient zu erschließen und attraktive Angebote zu schaffen.

■ **Bürokratie abbauen:**

Restriktive Festsetzungen und Satzungen sollten die Nutzung von Grundstücken nicht unnötig einschränken. Die Kommunen im IHK-Bezirk sollten ihre jeweiligen Satzungen und Verordnungen im Hinblick auf ihre Praxistauglichkeit auf den Prüfstand stellen.

■ **Digitalisierung vorantreiben:**

Die Kommunen im IHK-Bezirk sollten zeitnah digitale Lösungen implementieren, um Genehmigungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen und die Kommunikation mit den Ämtern effizienter zu gestalten.

WAS LEISTET DIE IHK FRANKFURT AM MAIN

■ **Engagement in Initiativen, Gremien und Organisationen:**

Die IHK Frankfurt am Main engagiert sich inhaltlich und finanziell in zahlreichen regionalen Gremien – auch unter Mitwirkung des IHK-Ehrenamtes. Exemplarisch können die Wirtschaftsinitiative **PERFORM** mit Projekten zur Flächenaktivierung, die Initiative „Bündnis für Bauland“, der „Runde Tisch Milieuschutzzsatzungen“ und die Expertenkommission „Innovation im Bau“ genannt werden.

Ansatz mit den Kommunen und versteht sich bei der Diskussion um die Ausweisung von Bauland und Schaffung von Baurecht als Mediator über kommunale und parteipolitische Grenzen hinweg.

■ **Veranstaltungen zu flächenpolitischen Themen:**

Die IHK Frankfurt am Main organisiert regelmäßig Veranstaltungen zu Themen der Standort- und Flächenentwicklung, wie das Veranstaltungsformat „Jour Fixe für die südhessische Immobilienwirtschaft“, den „Tag der Immobilienwirtschaft“ und die Reihe „Raum für Zukunft FrankfurtRheinMain“.

■ **Fachliche und inhaltliche Unterstützung von Kommunen im IHK-Bezirk:**

Die fachliche Expertise bei der IHK Frankfurt am Main und vorhandene materielle Ressourcen unterstützen Kommunen bei der Erarbeitung von fachspezifischen Bausteinen zur städtebaulichen und strategischen Flächenentwicklung.

■ **Beratung und Begleitung von Politik und Verwaltung im IHK-Bezirk:**

Die enge Zusammenarbeit von Kommunen und Wirtschaft ist der Nährboden der guten Standortbedingungen für Unternehmen. Die IHK Frankfurt am Main setzt auf einen dialektischen

■ **Unterstützung des neuen Stadtteils „Frankfurt Nordwest“:**

Die IHK Frankfurt am Main spricht sich ausdrücklich für den neuen Stadtteil „Frankfurt Nordwest – Neuer Stadtteil der Quartiere“ aus und unterstützt das Vorhaben einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme (SEM) oder alternativer konventioneller Bebauungsplanverfahren. Für das bevorstehende Zielabweichungsverfahren und die anschließende Bauleitplanung wird die IHK Frankfurt am Main die Stadt Frankfurt weiterhin öffentlichkeitswirksam und engagiert unterstützen.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Ganzheitliche Stadtentwicklung für eine zukunftsähnige und resiliente Stadt von morgen

Frankfurt am Main bleibt eine dynamische Stadt mit hohen Zuwächsen an Arbeitsplätzen und Einwohnern. Parallel herrscht ein deutlicher Mangel an Gewerbe- und Wohnflächen. Mit rund 24 Prozent landwirtschaftlicher Flächen³ birgt Frankfurt am Main Potenziale für eine integrierte Flächennutzung, welche Wohn-, Gewerbe- und ökologisch wertvolle Naherholungsräume schaffen könnte. Das integrierte Stadtentwicklungskonzept 2030+ bietet dafür einen strategischen Rahmen, bleibt jedoch in der Umsetzung vieler Vorhaben zurück. Neuere Projekte wie die Günthersburghöfe stagnieren. Stadterweiterungsprojekte wie Frankfurt Nordwest werden vorangetrieben, vernachlässigen in Teilen jedoch klassische Gewerbe- und Industrieflächen. Eine ganzheitliche Stadtentwicklung, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele integriert, ist daher essenziell.

- Entwicklung eines aktiven, regional abgestimmten Konzepts für einen nachhaltigen Umgang mit der Ressource Fläche. Dabei sollten auch die Anforderungen an eine bedarfsgerechte soziale, ökologische und technische Infrastruktur berücksichtigt werden. Bei der Neuplanung von Stadtquartieren ist dem öffentlichen Raum eine urbane Gestaltung zu geben, die eine vielfältige Nutzung ermöglicht. Das erhöht die Standortattraktivität für die dort ansässige Wirtschaft und ihre Kundinnen und Kunden sowie für die in den Quartieren wohnenden Fach- und Arbeitskräfte.
- Eine gezielte Baulandausweisungspolitik soll das Flächenangebot erhöhen und den Anstieg der Baulandpreise dämpfen.
- Durch Maßnahmen der Klimaanpassung wie u. a. Entsiegelung und Begrünung die Innenstadt auch im Sommer attraktiv für Kunden und Besucher des Einzelhandels halten, beispielsweise durch die konsequente Fortsetzung der bereits begonnenen Umgestaltung städtischer Plätze.
- Bereitstellung von Flächen für den Ausbau der Strom- und Wärmenetze, beispielsweise für Umspannwerke oder Strom- und Wärmetrassen.
- Konstruktive Einbindung der Wirtschaft und konsequente Umsetzung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts „Frank-

furt 2030+“, um langfristige Perspektiven und Planungssicherheit für die lokale Wirtschaft zu schaffen.

- Ausweisung zusätzlicher Gewerbe- und Industrieflächen (am Autobahnkreuz A5|A661, westlich A5|nördlich Rosa-Luxemburg-Straße, Unterliederbach West, nördlich A 66|südlich Schmalkaldener Straße, interkommunales Gewerbegebiet Fechenheim - Maintal, Frankfurt Nordwest).
- Errichtung interkommunaler Gewerbegebiete (z. B. Frankfurt Ost - Maintal).
- Erhalt gewerblicher Standorte und logistischer Infrastruktur.
- Zum Schutz industrieller Betriebe sollte keine Ansiedlung schutzbedürftiger Nutzungen in der Nähe emissionsstarker Betriebe erfolgen, um Konflikte zu vermeiden. Gleichzeitig soll die Nutzungsmischung gefördert und die je nach Gebietstyp zulässige gewerbliche Nutzung konsequent zugelassen werden wie die Öffnung von monostrukturellen Wohnsiedlungen für verträgliche Gewerbenutzungen.
- Schaffung von Handwerker- und Gewerbehöfen.

Mehr Wohnbauland ausweisen, Investitionshemmnisse abbauen, Investitionsanreize schaffen

Die im Jahr 2024 durchgeführte Standortumfrage der IHK Frankfurt am Main zeigt, dass die Standortfaktoren Dauer von Genehmigungsverfahren, Verfügbarkeit von Wohnraum und Gewerbeimmobilien für die Unternehmen in der Stadt Frankfurt am Main eine hohe Priorität haben. Unter den 32 abgefragten Standortfaktoren sind sie weiterhin bei den zehn wichtigsten Handlungsbedarfen vertreten. Insbesondere der Standortfaktor Dauer der Genehmigungsverfahren hat seit der Befragung im Jahr 2020 nochmals deutlich an Bedeutung für die Unternehmen gewonnen.

Die Entwicklung des Wohnungsmarktes hat mit der anhaltenden Wachstumsdynamik nicht Schritt gehalten. Im Zeitraum von 2021 bis 2023 wurden in Frankfurt am Main jährlich durchschnittlich 3.509 neue Wohnungen fertiggestellt. Der Wohnungsbedarf in dieser Zeit liegt mit 5.700 Fertigstellungen pro Jahr deutlich darüber.⁴ Dieser anhaltend hohe Druck auf dem Wohnungsmarkt sorgt seit Jahren für zum Teil deutliche Preissteigerungen bei Kaufimmobilien und auf dem Mietwohnungsmarkt.

3 Quelle: Statistisches Landesamt Hessen; Regionales Monitoring des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain 2023
4 Quelle: IW-Report 39|2024; Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Neben dem fehlenden Wohnbauland sind die langen Planungs- und Genehmigungszeiten und die gesetzlichen Vorschriften Kostentreiber beim Wohnungsbau. Zudem erhöht eine immer stärkere Regulierung, beispielsweise durch den 2020 im Magistrat verabschiedeten sogenannten Frankfurter Baulandbeschluss oder die Gestaltungssatzung „Freiraum und Klima“, das Risiko ausbleibender Investitionen in den Wohnungsbau.

Der Fokus der Stadt Frankfurt am Main sollte darauf liegen, die Ursache der Wohnungsknappheit, nämlich die Lücke zwischen dem Angebot und der steigenden Nachfrage, zu bekämpfen. Dazu sollten diese Investitionshemmnisse abgebaut werden:

- Ausweisung von neuen Baugebieten auch im Außenbereich – Intensivierung des Dialogs mit den Umlandkommunen.
- Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen im Stadtgebiet, Mut zu einer höheren baulichen Dichte bei der Entwicklung von Stadtquartieren unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Aspekte.
- Abschluss laufender und Beschleunigung neuer Planungsverfahren und Genehmigungsprozesse.
- Gleichbehandlung von privaten Investoren und öffentlichen Gesellschaften bei der Vergabe von Bauflächen.
- Weniger Restriktionen und Regulierung für Investitionen in den Wohnungsbau. Beispielsweise in Frankfurt am Main neben dem sogenannten Baulandbeschluss die Milieuschutzzsatzungen, die Stellplatzsatzung, die Gestaltungssatzung Freiraum und Klima, die Vorgartensatzung und der Denkmalschutz zu nennen.
- Überprüfung kommunaler Satzungen und Förderrichtlinien im Dialog mit der Wirtschaft, um Eigentumsbildung zu erleichtern und Investitionen in den Geschosswohnungsbau – beispielsweise bei Aufstockungen und Dachgeschossausbau – zu steigern.
- Aussetzung und anschließende Überarbeitung des sogenannten Baulandbeschlusses im Dialog mit der Wirtschaft.

Masterplan Industrie fortsetzen

Mit dem Masterplan Industrie ist es in den letzten Jahren gelungen, das Bewusstsein für die wirtschaftliche Bedeutung der Industrie in Politik und Öffentlichkeit zu stärken. Zudem sind mit dem Industriestraßenprogramm, der Seveso-Vereinbarung, der Industriekampagne sowie der geplanten Realisierung von Azubi-Wohnen und der Machbarkeitsstudie Handwerker- und

Gewerbehöfe weitere Projekte des Masterplans in der Umsetzung, die auf eine Verbesserung und Profilierung des Industriestandorts Frankfurt am Main abzielen. Von erheblicher Bedeutung war und ist aber auch der stetige und über den Masterplanprozess institutionalisierte Austausch zwischen Politik, Unternehmensvertretern, Wirtschaftsförderung, Kammern, Verbänden und Sozialpartnern.

- Fortsetzung des Masterplans Industrie in der nächsten Legislaturperiode, Begleitung der Umsetzung von bereits beschlossenen Maßnahmen sowie Erarbeitung weiterer Maßnahmenvorschläge. Sicherung des Standortes Osthafen für Industrie| Gewerbe.
- Intensivierung der Industriekampagne unter Einbeziehung der relevanten Akteure.

Startup-Ökosystem stärken

Frankfurt am Main und die Rhein-Main-Region verfügen über beste Voraussetzungen, um als starkes Startup-Ökosystem das Entstehen von Startups zu fördern: Die vielfältige Hochschul- und Forschungslandschaft, sehr breite Unterstützungsangebote für Startup-Gründer sowie die führende Digitalinfrastruktur sind hier als besondere Stärken zu nennen. Dennoch schneidet der Standort in nationalen Benchmarks nur mittelmäßig ab und bleibt deutlich hinter seinem Potenzial zurück. Die Polyzentralität der Region ist hier Stärke und Schwäche zugleich. So befördert sie gerade die Vielfalt des Startup-Ökosystems, steht aber aufgrund ihrer Zersplitterung einer starken Außenwahrnehmung entgegen.

- Ein Schulterschluss der handelnden Akteure ist erforderlich, um das Startup-Ökosystem Frankfurt am Main und Rhein-Main auf die Landkarte der attraktiven Startup-Standorte zu bringen.
- Bestehende Formate gilt es gemeinsam mit der Region weiterzuentwickeln sowie vielversprechende Projekte und Aktivitäten zu unterstützen und so in die Umsetzung zu bringen. Zu nennen ist hier beispielsweise die Startup-Factory „Futury – The Future Factory“.

Finanzplatz weiterentwickeln

Der Finanzplatz Frankfurt am Main ist Aushängeschild der Region sowie Wertschöpfungs- und Beschäftigungsgarant zugleich. Frankfurt am Main ist seit dem Brexit Finanzplatz Nummer eins in der EU. Der Standort bietet Banken, Versicherern, Finanz-

dienstleistern und allen auf die Unterstützung dieser Branchen ausgerichteten Unternehmen beste Bedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften: geballte Aufsichtskompetenz, zuletzt erweitert durch die neue europäische Behörde zur Geldwäschebekämpfung AMLA (Anti-Money Laundering Authority), die räumliche Nähe zur Europäischen Zentralbank (EZB), eine Fülle an Forschungseinrichtungen und Universitäten mit großem Talentpool, eine exzellente Verkehrsanbindung, eine erstklassige Daten- und Rechenleistungsinfrastruktur sowie attraktive Bürooptionen und Tagungslocations. Allerdings sind die Zugewinne an Beschäftigung, Unternehmensansiedlungen und Assets infolge des Brexits bislang hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das Frankfurter FinTech-Ökosystem, zu Recht als wichtiges Zukunftsfeld identifiziert, entwickelt sich im Vergleich zu den nationalen Wettbewerbern wie Berlin und München eher schwach.

Zielgerichtetes Handeln zur Förderung der Finanzplatzentwicklung ist mithin geboten – und es mangelt dabei nicht an Willen und Ideen. Allerdings droht die Dynamik aufgrund der Vielzahl unkoordinierter Initiativen bisweilen gebremst zu werden.

Insbesondere diesen letzten Punkt sollte die Stadt – im Schulterschluss mit dem Land und der gesamten Finanzplatz-Community – aufgreifen und aktiv auf eine effektivere Organisation aller Finanzmarktaktivitäten sowie die Umsetzung diesbezüglich notwendiger Infrastrukturprojekte (z. B. Ausweisung von Flächen für weitere Rechenkapazitäten) hinwirken, um auf Sicht einem Bedeutungsverlust des Finanzplatzes Frankfurt am Main wirkungsvoll mit einem konzentrierten Maßnahmenbündel entgegentreten zu können.

Der notwendige Neubau der Europäischen Schule Frankfurt am Main mit erweiterten Kapazitäten sollte entschlossen vorangetrieben werden, damit die Stadt nicht beizeiten das Vertrauen, das die EU in Frankfurt am Main nicht zuletzt mit dem Zuschlag als AMLA-Standort gesetzt hat, verspielt. Die Schule ist nicht zuletzt für die Gewinnung von internationalen Fach- und Arbeitskräften für die hiesige Wirtschaft von Bedeutung.

FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS

Wohnraum für Fach- und Arbeitskräfte und Gewerbegebächen für Unternehmen schaffen

Im Zeitraum 2019 bis 2023 stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Hochtaunuskreis um mehr als 3.600 Personen auf rund 101.000 an. Dies entspricht einem prozentualen Zuwachs von 3,8 Prozent. Im Main-Taunus-Kreis wuchs die Beschäftigtenzahl im gleichen Zeitraum um rund 6.700 Personen auf ca. 109.000, was einem Wachstum von 6,5 Prozent entspricht und damit über dem Bundesdurchschnitt von 3,9 Prozent liegt.⁵

Parallel stieg die Zahl der Einwohner in beiden Landkreisen, wenn auch weniger stark als die der Beschäftigten. Seit 2019 verzeichnet der Hochtaunuskreis einen Bevölkerungszuwachs von 1,9 Prozent, der Main-Taunus-Kreis registrierte einen Zuwachs von 2,0 Prozent. Zum Vergleich: Im Bundesdurchschnitt stieg die Einwohnerzahl lediglich um 1,8 Prozent.⁵

Im Hochtaunuskreis wurden zwischen 2021 und 2023 jährlich 2,7 Wohnungen pro 1.000 Einwohner fertiggestellt, was einer

Bedarfsdeckung von 69 Prozent entspricht. Im Main-Taunus-Kreis wurden 3,3 Wohnungen pro 1.000 Einwohner gebaut, bei einem Bedarf von 4,6 Wohnungen, was einem Deckungsgrad von 71 Prozent entspricht Bedarf.⁶

Einige Kommunen wurden ihrer Verantwortung in Bezug auf die Schaffung von Wohnraum zuletzt besser gerecht als andere. Gerade Städte und Gemeinden, die vermehrt Bauland ausgewiesen und ihre Bautätigkeit erhöht haben, werden durch den Aufbau der notwendigen Infrastruktur kurz- bis mittelfristig finanziell besonders belastet. Ein kommunaler Finanzausgleich, welcher diese unterschiedlichen Belastungen ausgleicht, ist im hessischen Koalitionsvertrag vereinbart, aber bisher noch nicht umgesetzt.

Die Konkurrenz zwischen Wohn- und Gewerbenutzung sowie fehlende Neuausweisungen von Gewerbegebieten haben dazu geführt, dass die Preise für Gewerbegebächen in den letzten Jahren spürbar gestiegen sind. Für einige Unternehmen fehlen zurzeit geeignete Erweiterungsflächen.

5 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

6 Quelle: IW-Report 39|2024; Institut der deutschen Wirtschaft (IW)

Die aufgezeigten Herausforderungen spiegeln sich zudem deutlich in den Ergebnissen der Standortumfrage 2024 für die beiden Landkreise wider: Im Main-Taunus-Kreis zählen die Dauer von Genehmigungsverfahren, die Verfügbarkeit von Wohnraum und die Gewerbemieten zu den zehn größten Handlungsbedarfen. Im Hochtaunuskreis hingegen werden anstelle der Gewerbemieten die Gewerbe- und Grundstückspreise als zentrale Themen unter den zehn wichtigsten Bedarfen genannt.

Gewerbe- und Grundstücksentwicklung

- Bereitstellung von Gewerbe- und Grundstücksflächen auch zur Ansiedlung bzw. Erweiterung von Unternehmen in den Landkreisen. Dies gilt aktuell zum Beispiel in Bad Homburg für die Entwicklung des Gewerbegebietes „Massenheimer Weg“ sowie die Ausweitung von Gewerbegebietssachen an der Zeppelinstraße.
- Einhaltung der Abstandsgebote zwischen Gewerbe und Wohnen bei der Flächenentwicklung, um spätere Nutzungskonflikte zu vermeiden.

Wohnungsbau

- In den Kommunen der Landkreise sollte eine aktive Bodenbereitstellungspolitik erfolgen, um das Wohnungsangebot zu erhöhen und damit den Anstieg der Baulandpreise zu stoppen. Es sollte darauf hingewirkt werden, Bauland in der Nähe der vorhandenen Infrastruktur und der Arbeitsplätze auszuweisen.
- Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit im Vergleich zum Status quo bei der Entwicklung von Wohnbau-land. Zur Stärkung der Akzeptanz von Neubaugebieten sollte beispielsweise verstärkt auf Mediations-Prozesse in der Planungs- und Entwicklungsphase gesetzt werden.
- Nutzung von Nachverdichtungspotenzialen im Stadtgebiet, Mut zu einer höheren baulichen Dichte bei der Entwicklung von Stadtquartieren.
- Überprüfung kommunaler Satzungen und Förderrichtlinien im Dialog mit der Wirtschaft, um Eigentumsbildung zu erleichtern und Investitionen in den Geschosswohnungsbau zu steigern.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss

Standortpolitik

069 2197-1332

a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Sebastian Trippen

Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung

069 2197-1482

s.trippen@frankfurt-main.ihk.de

Dr. Thomas Steigleder

Innovation und Umwelt

069 2197-1293

t.steigleder@frankfurt-main.ihk.de

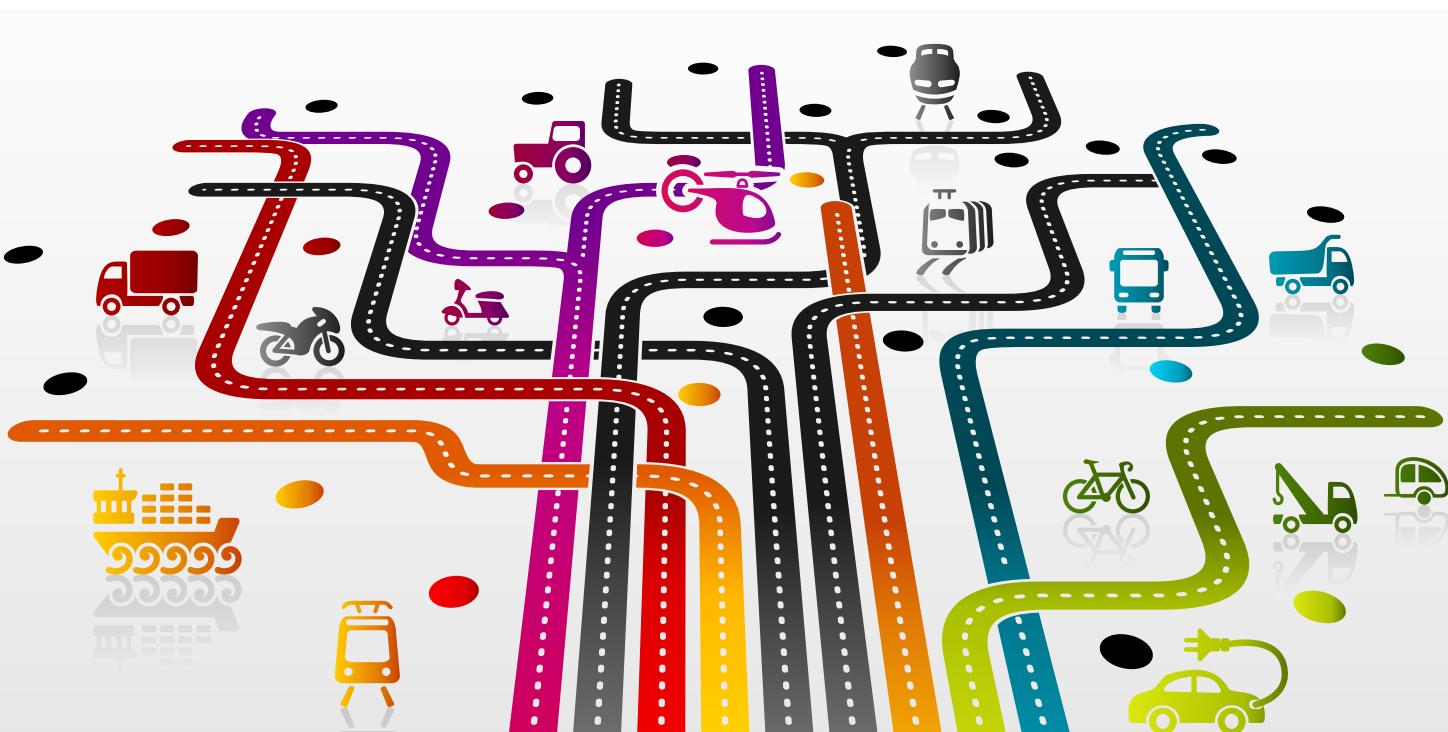
Dr. Matthias Schoder

Finanzplatz | Unternehmensförderung | Starthilfe

069 2197-1370

m.schoder@frankfurt-main.ihk.de

2. VERKEHRS- UND ENERGIEINFRASTRUKTUR



WIE ES IST

I Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist elementar für den wirtschaftlichen Erfolg der Region: Für die Wirtschaft ist eine den Bedürfnissen entsprechend ausgebauten und stets in standgehaltene Verkehrsinfrastruktur essenziell. Die hohe Zahl an Lieferbeziehungen setzt eine intakte Infrastruktur voraus. Die Metropolregion FrankfurtRheinMain nimmt dabei mit ihrer zentralen Lage in Deutschland und Europa eine bedeutende Rolle als Drehscheibe für Güter- und Personenverkehre ein. Zahlreiche produzierende Unternehmen haben hier ihren Sitz. Hinzu kommt eine prosperierende Logistikbranche. Dies sorgt dafür, dass die Region mit ihrer Verkehrsinfrastruktur neben den zahlreichen Transitverkehren auch ein hohes Aufkommen von Ziel- und Quellverkehren bewältigen muss.

I Mobilität ist ein Grundbedürfnis für Pendler, Besucher und Wirtschaft einer Stadt und Region: Das Erfüllen von Mobilitätsanforderungen und die damit einhergehende dauerhafte Erreichbarkeit von Unternehmensstandorten für Pendler, Kunden, Lieferanten und weitere Wirtschaftsverkehre wird auch künftig ein zentraler Standortfaktor für die Region FrankfurtRheinMain sein. Ein Wirtschaftsraum, in dem Verkehre jeglicher Art nicht ungehindert fließen können, wird sich nur eingeschränkt entwickeln können.

■ Die Verkehrsinfrastruktur in FrankfurtRheinMain ist am Limit:

Sowohl die stetig steigenden Beschäftigtenzahlen als auch der damit einhergehende Anstieg der Bevölkerungszahlen in der Metropolregion sorgen seit Jahren für eine Zunahme an Pendler- und Wirtschaftsverkehren. Die Verkehrsinfrastruktur in der Region ist nicht in ausreichender Geschwindigkeit an die steigenden Verkehrszahlen angepasst worden und erreicht daher in vielen Bereichen ihre Kapazitätsgrenzen. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen an Straße und Schiene, die zu einer Besserung der Lage beitragen könnten, verzögern sich aufgrund langwieriger Planungs- und Genehmigungsprozesse seit Jahren. Eine Verkehrspolitik, die Kraftfahrzeuge aus der Innenstadt verdrängt, ohne vorab Alternativen wie den ÖPNV entsprechend auszubauen, sorgt für eine unzuverlässige Verkehrsinfrastruktur, die sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main auswirkt.

■ Die Energieinfrastruktur kommt an ihre Grenzen:

Die Wirtschaft in Frankfurt am Main steht vor einer bisher nie dagewesenen Herausforderung – die Kapazität des Stromnetzes ist erschöpft und zusätzliche Strommengen stehen kurzfristig nicht zur Verfügung. Dieser Engpass bei der Stromverfügbarkeit limitiert das Wachstum in zukunftsträchtigen Branchen wie der Digitalwirtschaft. Aber auch andere Großverbraucher, beispielsweise aus der Industrie, erhalten nicht die Strommenge im Netz, die sie benötigen.⁷ Dieser Engpass ist bekannt und bis 2027 wird das Stromnetz Frankfurts massiv ausgebaut, jedoch sind auch diese zusätzlichen Kapazitäten bereits reserviert und stehen für Unternehmensneuansiedlungen oder Kapazitätserweiterungen nicht zur Verfügung. Erst der langfristige Netzausbau bis 2045 soll hier Abhilfe schaffen.

■ Die kommunale Wärmeplanung zeigt Herausforderungen der Energiewende auf:

Das Wärmeplanungsgesetz verpflichtet Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern zur Aufstellung von Wärmeplänen bis zum 30.06.2026. Mit der kommunalen Wärmeplanung soll auf Grundlage der Gegebenheiten vor Ort ein Weg zu einer Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien oder unvermeidbare Abwärme skizziert werden, die beispielsweise in Industrieparks oder Rechenzentren in großer Menge anfällt. Aktuelle Zahlen gehen von einem Potenzial der Fernwärme von ca. 40 Prozent am Wärmebedarf aus.⁸ Um dieses Potenzial auszuschöpfen ist ein Ausbau des Frankfurter Fernwärmennetzes um rund 450 km nötig. Die restlichen 60 Prozent des Wärmebedarfs müssen auf andere Weise transformiert und auf Klimaneutrali-

tät umgestellt werden, beispielsweise durch Elektrifizierung oder andere erneuerbare Wärmequellen. Auf die Wirtschaft kommen durch den Ausbau des Fernwärmennetzes in jedem Fall erhebliche Beeinträchtigungen durch Baumaßnahmen zu. Gleichzeitig ermöglicht der Anschluss an das Fernwärmennetz den Unternehmen eine CO2-neutrale Wärmeversorgung und leistet somit einen Beitrag zur Dekarbonisierung.

■ Wasserstoff ist ein zentraler Baustein für die Transformation:

Das gilt insbesondere für Bereiche, die nur schwer ohne fossile Energieträger auskommen, wie beispielsweise die Metall-, Glas- und Chemieindustrie. Doch auch für die Energieerzeugung in Frankfurt am Main wird er künftig benötigt. Für die gesamte Metropolregion FrankfurtRheinMain wird laut einer Bedarfsabschätzung im Jahr 2030 ein jährlicher Wasserstoffbedarf von anfangs ca. fünf Terrawattstunden (TWh) prognostiziert, der bis zum Jahr 2045 auf ca. 24 TWh jährlich ansteigt.⁸ Daher sollte der Wasserstoff den Unternehmen möglichst zügig und planbar, in ausreichender Menge und zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung gestellt werden. Das vom Bund bis 2032 für Deutschland geplante Wasserstoff-Kernnetz soll bis zum Industriepark Höchst geführt werden. Bis 2028 sollen parallel die ersten Teilabschnitte des Wasserstoff-Regionalnetzes „Rh2ein-Main Connect“ errichtet werden. Schließlich soll ab 2032 dann die lokale Weiterverteilung des Wasserstoffs beginnen.



7 Quelle: NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH

8 Quelle: Mainova AG

WAS ZU TUN IST

■ Ein länderübergreifendes Mobilitätsentwicklungskonzept für FrankfurtRheinMain aufstellen:

FrankfurtRheinMain aufstellen: In der stark verflochtenen Metropolregion sollte Mobilität angesichts steigender Pendler- und Wirtschaftsverkehre neu gedacht werden. Es bedarf neuer Konzepte, die die Verkehrsträger besser miteinander vernetzen, um alle Verkehrsarten effizient abwickeln zu können. Davon unbenommen ist es auch weiterhin Aufgabe der einzelnen Kommunen, eigene Mobilitätskonzepte zu entwickeln und aktuell zu halten. Diese sollten im Einklang mit dem vom Strategieforum FrankfurtRheinMain in Auftrag gegebenen länderübergreifenden Mobilitätskonzept stehen.

■ Leistungsfähigen und hochwertigen ÖPNV sicherstellen:

Das Angebot im öffentlichen Personennahverkehr leidet seit Jahren an fehlendem Personal, einer veralteten und unzureichend ausgebauten Infrastruktur und den damit einhergehenden zahlreichen Störungen, Ausfällen und einem ausgedünnten Fahrplan. Künftig wieder zuverlässige und attraktive öffentliche Nahverkehrsangebote für die Kunden und Mitarbeiter der Unternehmen zu schaffen, ist daher von zentraler Bedeutung.

■ Schieneninfrastruktur stärken und ausbauen:

Um die stetig steigenden Pendler- und Wirtschaftsverkehre auch in Zukunft bewältigen zu können und die Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor zu reduzieren, ist der Ausbau der Schieneninfrastruktur von zentraler Bedeutung. Dadurch können nicht nur Personen- und Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert werden, sondern die Straßeninfrastruktur wird entlastet, wodurch Nutzer, die nicht auf die Schiene ausweichen können, ebenfalls vom Ausbau der Schiene profitieren. Auch für den Fern- und Güterverkehr in der Region ist der Knoten Frankfurt am Main ein Nadelöhr, das durch die Umsetzung zahlreicher Projekte entschärft werden soll. Die Kommunalpolitik sollte dafür Sorge tragen, dass ihre Verwaltungseinrichtungen Planungs- und Genehmigungsverfahren zügig bearbeiten.

■ Die Drehkreuzfunktion und Standortattraktivität des Frankfurter Flughafens im internationalen Wettbewerb stärken:

Im europäischen und internationalen Vergleich hat sich der deutsche Luftverkehr nach der Coronapandemie deutlich langsamer erholt. Auch die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens Frankfurt wird durch die hohen Standortkosten gefährdet. Die Luftver-

kehrssteuer sowie die teilweise Einbeziehung in den EU-Emissionshandel treiben die Kosten im Vergleich zu konkurrierenden Standorten in die Höhe. Um den Standort wieder konkurrenzfähig zu machen, sollten wettbewerbsverzerrende Abgaben abgeschafft werden.

■ Straßennetz für alle Verkehrsträger leistungsfähig halten:

Zu einem leistungsfähigen Verkehrsnetz gehören auch Hauptverkehrsachsen für Kraftfahrzeuge, die als Lebensadern der Region Pendler- und Wirtschaftsverkehre bündeln und aus Wohngebieten und von Nebenstraßen fernhalten. Diese Verkehrsachsen sollten erhalten und wo nötig ausgebaut werden und dürfen nicht durch Rückbau, Umwidmung oder Verkehrsberuhigung ihre Funktion verlieren. In der Regel führt dies nur zu längeren Fahrtzeiten, mehr Stau und einer erhöhten Belastung in Wohngebieten und Nebenstraßen durch Ausweichverkehre. Um der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs Rechnung zu tragen, sollte vielmehr ein eigenständiges Radverkehrsnetz abseits der KFZ-Hauptverkehrsstraßen realisiert werden.

■ Parkraum erhalten und Park and Ride ausbauen:

Für Kunden, Mitarbeiter und Lieferanten nimmt die Erreichbarkeit von Unternehmen eine zentrale Rolle bei der Mobilitätsgestaltung ein. Es ist wichtig, dass die Betriebe mit allen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sind. Um den Parkdruck in den zentralen Lagen zu reduzieren, sollten an geeigneten Standorten Park-and-Ride-Stationen eingerichtet werden, um Pendel- und Kundenverkehre auf den ÖPNV zu verlagern, sowohl in Frankfurt am Main als auch im Umland.

■ Beteiligung von Unternehmen bei Veränderungen der Verkehrsinfrastruktur:

Der Straßenraum in einer Metropole wie Frankfurt am Main ist begrenzt und daher durch konkurrierende Nutzungsinteressen gekennzeichnet. Eine Neugestaltung des Verkehrsraums sollte unter frühzeitiger Beteiligung betroffener Unternehmen stattfinden. Eine bloße Information über umsetzungsreife Maßnahmen, die gegebenenfalls Betriebe in ihrer Existenz gefährden können, ist nicht ausreichend.

Ziel der genannten Maßnahmen ist es, Wirtschaftsverkehre effizient zu steuern, ohne die wirtschaftliche Entwicklung der Region einzuschränken.

Im **Energiebereich** stehen die Ausweitung der Kapazitäten sowie die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung im Fokus:

I Stromnetz bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausbauen: Im

Rahmen der Netzentwicklungsplanung 2037|2045 gilt es, aktuelle und zukünftige Bedarfe an das Stromnetz einfließen zu lassen. So sollten wirtschaftliche Entwicklungen in Frankfurt am Main, beispielsweise das beachtliche Wachstum der Digitalwirtschaft oder anderer Großverbraucher, und Transformationserfordernisse, beispielsweise die Elektrifizierung des Verkehrs- und Wärme-sektors, berücksichtigt werden.

I Kommunale Wärmeplanung vorausschauend und im Dialog umsetzen: Der Ausbau der Fernwärmesysteme in der Stadt

Frankfurt am Main wird eine Herausforderung auf vielen Ebenen. Planungs- und Genehmigungsverfahren, Tiefbaukapazitäten, Verkehrsbeeinträchtigungen oder Finanzierung sind nur einige Punkte, die hier zu nennen sind. Mit den aktuellen Verfahren wird eine Umsetzung nur schwer möglich sein. Es gilt daher,

gerade Planungs- und Genehmigungsverfahren neu zu denken und praxisnah auszustalten. Auch sollten die durch die erheblichen Baumaßnahmen zu erwartenden Beeinträchtigungen für die Unternehmen möglichst gering gehalten werden. Der frühzeitige Dialog mit den Betroffenen sowie ein transparentes Vorgehen ist daher unerlässlich. So könnte bei den Unternehmen auch frühzeitig Klarheit über die Anschlussmodalitäten geschaffen werden.

I Das Wasserstoff-Regionalnetz und lokale Verteilnetze zügig ausbauen: Die Stadt Frankfurt am Main sollte sich dafür einsetzen,

dass über ein regionales Wasserstoffverteilnetz eine Anbindung von Stadt und Region an das Wasserstoff-Kernnetz erfolgt und damit perspektivisch eine Versorgung von Gewerbe und Industrie mit Wasserstoff möglich wird. Erst auf dieser Grundlage können Gewerbe und Industrie, die heute zu über 99 Prozent über das Gasverteilnetz versorgt werden, verlässliche Standort- und Investitionsentscheidungen treffen.⁹

WAS LEISTET DIE IHK FRANKFURT AM MAIN

I Die IHK Frankfurt am Main setzt sich gemeinsam mit anderen hessischen IHKs und der DIHK für eine ausreichende Verkehrsinfrastrukturfinanzierung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ein. Dazu richtet sie verkehrspolitische Veranstaltungen aus, entwickelt klare Positionspapiere und positioniert sich öffentlichkeitswirksam, von der Pressemitteilung bis hin zur PR-Kampagne.

I Die IHK Frankfurt am Main unterstützt ihre Mitgliedsunternehmen aktiv im Alltagsgeschehen, wie z. B. bei der Einführung eines Betrieblichen Mobilitätsmanagements oder bei Fragen rund um den Gewerbeparkausweis. Auch im Energiebereich bietet die IHK Frankfurt am Main ein umfassendes Beratungsangebot für ihre Mitgliedsunternehmen, beispielsweise zu Förderprogrammen, Energieeffizienz, Energieaudit oder EU-Ökodesign.

I Im Energiebereich setzt sich die IHK-Organisation beispielsweise für eine bezahlbare und sichere Energieversorgung ein.

I Gemeinsam mit der Mainova hat die IHK Frankfurt am Main das Business Energieeffizienz-Netzwerk ins Leben gerufen. Teilnehmende Unternehmen erhalten Unterstützung bei der Umsetzung von Energiesparmaßnahmen.

⁹ Quelle: Verband kommunaler Unternehmen e. V.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Verkehrs- und Energieinfrastruktur ausbauen

Frankfurt am Main ist der wichtigste Verkehrsknoten Deutschlands sowohl für den physischen Straßen-, Schienen- und Luftverkehr als auch für den digitalen Datenverkehr. Seit Jahren nimmt die Anzahl der Beschäftigten und der Einwohner in der Stadt Frankfurt am Main zu. Entsprechend steigen die Ansprüche an die Verkehrs- und Energieinfrastruktur.

Die IHK-Standortumfrage des Jahres 2024 zeigt, dass die Unternehmen in Frankfurt am Main besonderen Handlungsbedarf bei den Themen Parkmöglichkeiten für Autos, Energiekosten sowie bei dem Zustand der Straßeninfrastruktur sehen und diese Handlungsfelder unter den zehn wichtigsten im Jahr 2024 platzieren. Insbesondere im Bereich der Energiekosten sehen die Unternehmen im Vergleich zur Umfrage im Jahr 2020 einen deutlich gestiegenen Handlungsbedarf. Die Anbindung an den ÖPNV und der Zustand der Gehwege rücken in der Rangliste des Handlungsbedarfs zwar etwas nach hinten, die Zahl der Nennungen ist bei diesen Standortfaktoren im Vergleich zum Jahr 2020 aber gestiegen.

Verkehrsinfrastruktur

- Überarbeitung des Masterplans Mobilität unter stärkerer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Belange und der quantitativen Mobilitätsbedarfe.
- Eine zusätzliche Gesamtverkehrsstrategie für die Stadt, die die zukünftige Entwicklung der Verkehrsträger skizziert, die dafür notwendigen Infrastrukturmaßnahmen beschreibt und die Pendlerverflechtungen einbezieht.
- Mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Unternehmen, damit diese bereits vor und während der Planungsphase von Infrastrukturmaßnahmen ihre Bedarfe artikulieren können.
- Entbürokratisierung und Vereinfachung der Regularien zum Gewerbeparkausweis, insbesondere hinsichtlich der Höhe der Gebühren, der Zahl der möglichen Gewerbe Parkausweise pro Unternehmen sowie der Pflicht zum Fahrzeugbranding.
- Einführung einer angebots- und nachfrageorientierten Parkraumbewirtschaftung mit einem smarten Parkleitsystem.

- Weitere Optimierung der Bedingungen für eine störungsfreie Abwicklung des Andienungs- und Wirtschaftsverkehrs, Beseitigung bereits erfolgter Einschränkungen, Entwicklung eines Lieferzonenkonzepts.
- Erhalt der Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen für den Kfz-Verkehr.
- Etablierung eines frühzeitigen Informationssystems bei baustellenbezogenen Einschränkungen im Straßenraum als Standard für betroffene Unternehmen.
- Starke politische Unterstützung zur Umsetzung des Fernbahntunnels und der damit einhergehenden weiteren Maßnahmen im Frankfurter Schienennetz.
- Zügige Umsetzung der Nordmainischen S-Bahn.
- Zügige Fertigstellung der Regionaltangente West.
- Vorantreiben der Planungen einer Regionaltangente Ost sowie Schaffung von Strukturen für die Planung und Umsetzung eines S-Bahn-Rings.
- Ausbau des ÖPNV, Sicherstellung des Betriebs und der Finanzierung, Vorantreiben der Modernisierung.
- Einrichtung neuer Park-and-Ride-Möglichkeiten mit direkter Anbindung an S- und U-Bahn in Kooperation mit den Umlandkommunen.
- Zügige Umsetzung des U4-Lückenschlusses zwischen Bockenheim und Ginnheim.
- Realisierung der U5-Verlängerung bis Römerhof und Frankfurter Berg.
- Abkehr von Direktvergaben und dauerhafte Sicherstellung des Wettbewerbs bei der Vergabe von allen Buslinienverkehren in Frankfurt am Main durch Ausschreibung.
- Festhalten am Planfeststellungsbeschluss für den Frankfurter Flughafen und am Ergebnis des Mediationsverfahrens.
- Stärkung der ansässigen Luftverkehrsunternehmen und der Drehkreuzfunktion des Frankfurter Flughafens im internationalen Wettbewerb zur Aufrechterhaltung der internationalen Konnektivität.
- Realisierung eines alternativen Radverkehr-Hauptstraßennetzes auf anderen Routen als dem Kfz-Hauptverkehrsnetz.
- Realisierung der geplanten Radschnellwege FrankfurtRheinMain.

- Aufrüstung der bestehenden Anlegestellen am Main mit leistungsfähigen Landstromanschlüssen für die Personen-Binnenschifffahrt.
- Etablierung von Mobilitätshubs zur Vernetzung verschiedener Mobilitätslösungen und -dienstleistungen an ausgewählten räumlichen Punkten.
- Umsetzung der Maßnahmen zu den Themen Energie bzw. Logistik im Rahmen des Masterplans Industrie der Stadt Frankfurt am Main.
- Abbau von administrativen Hemmnissen beim Ausbau von Ladeinfrastruktur für PKW und Nutzfahrzeuge.

Energieinfrastruktur

- Zur Koordination der Vorhaben im Rahmen des Ausbaus der Energieinfrastruktur sollte ein zentraler städtischen Ansprechpartner ("Energiewendemanager") eingesetzt werden. Er könnte dabei die unterschiedlichen Genehmigungsverfahren wie Trassen-, Aufbruchs- und verkehrsrechtliche Genehmigungen bündeln und standardisieren. Der Infrastrukturausbau könnte so effizienter gestaltet werden.

■ Als Lösungsinstrument für einen effizienten und schnellen Infrastrukturausbau sollten Energiewendeviertel geschaffen werden. So könnten in räumlich abgegrenzten Bereichen beschleunigte Verfahren für den Ausbau der Energieinfrastruktur (Strom, Wärme, Wasser) gebündelt und zeitlich abgestimmt werden. Dadurch könnten die Belastungen für das betroffene Gewerbe verringert werden.

■ Schaffung von attraktiven Anschlussmodalitäten im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung: Die Finanzierbarkeit hängt auch von einer hohen Akzeptanz der betroffenen Unternehmen und Privathaushalten ab. Dabei könnte die Stadt Frankfurt am Main zur Akzeptanzsteigerung mit gutem Beispiel vorangehen und ihre Liegenschaften möglichst rasch durch die Umstellung auf Fernwärme dekarbonisieren. Darüber hinaus würden so „Ankernutzer“ geschaffen, an die weitere Nutzer (Gewerbetreibende, gewerbliche Vermieter) angeschlossen werden könnten.

FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS

Erreichbarkeit verbessern, Verkehrsinfrastruktur ausbauen
Die Bedeutung der beiden Landkreise sowohl als Wirtschafts- als auch als Wohnstandort zeigt sich durch die engen Pendlerverflechtungen mit den umliegenden Städten und Landkreisen. Täglich kommen durchschnittlich über 75.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus anderen Regionen in den Main-Taunus-Kreis. Die Zahl der Einpendler in den Hochtaunuskreis beträgt etwa 62.000. Gleichzeitig pendeln täglich über 53.000 Beschäftigte aus dem Hochtaunuskreis in die Region. Der Main-Taunus-Kreis zählt sogar knapp 69.000 Auspendler.¹⁰ Besonders ausgeprägt sind die Pendelbeziehungen mit der Stadt Frankfurt am Main sowie zwischen Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis untereinander.

Entsprechend hoch ist die Auslastung der Verkehrsinfrastruktur. Während der Hauptverkehrszeiten sind lange Staus nicht nur in Richtung Frankfurt und Wiesbaden, sondern auch rund um Eschborn, Bad Homburg und Oberursel an der Tagesord-

nung. Dies lässt sich nicht nur auf die teilweise über ihre Kapazitätsgrenzen hinweg beanspruchten Hauptverkehrsachsen oder den mancherorts schlechten Zustand kommunaler Straßen zurückführen. Das ÖPNV-Angebot ist sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene oftmals nicht leistungsfähig genug, die Verbindungen sind unattraktiv und Verspätungen, verpasste Anschlüsse und Fahrtausfälle sind nicht die Ausnahme, sondern an der Tagesordnung. Dies bestätigt auch die Standortumfrage 2024: Parkmöglichkeiten für Autos, die Anbindung an den ÖPNV sowie der Zustand der Straßeninfrastruktur werden als wichtige Handlungsbedarfe von Unternehmen des Main-Taunus-Kreises sowie des Hochtaunuskreises geäußert. Dabei hat die Bedeutung des Bedarfs Anbindung an den ÖPNV im Vergleich zur Umfrage im Jahr 2020 in beiden Landkreisen stark zugenommen.

Die Regionaltangente West (RTW) verspricht hier Besserung und eine Entlastung der vorhandenen Infrastruktur. Die zügige Realisierung der RTW ist daher für die Unternehmen und Pend-

ler aus dem Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreis von hoher Bedeutung. Auch die geplante Verlängerung der U2 von Bad Homburg Gonzenheim zum Bahnhof Bad Homburg verbessert die Umsteigebeziehungen im Hochtaunuskreis und bietet vielen Pendlern attraktivere Verbindungen zu ihrer Arbeitsstätte. Die geplante Elektrifizierung der Taunusbahn bis Usingen bietet perspektivisch die Möglichkeit, den S-Bahn-Verkehr über Friedrichsdorf hinaus in den Taunus zu verlängern und so eine direkte Verbindung für die Pendler und Kunden in die Frankfurter Innenstadt zu schaffen.

Schieneninfrastruktur und ÖPNV ausbauen

- Zügige Realisierung der Regionaltangente West.
- Zügige Elektrifizierung der Taunusbahn zwischen Friedrichsdorf und Usingen mit zweigleisigem Ausbau zwischen den Stationen Saalburg|Lochmühle und Wehrheim Bahnhof.
- Machbarkeitsstudie für eine Verlängerung der S5 Usingen bis nach Grävenwiesbach und weiter bis nach Weilburg durch Reaktivierung der Weiltalbahn.
- Zügige Umsetzung der Verlängerung der U2 zum Bahnhof Bad Homburg.
- Verbesserung der ÖPNV-Anbindung insbesondere im nördlichen Hochtaunuskreis und in Teilen des Main-Taunus-Kreises mit verbesserter Anbindung an den Schienenverkehr.
- Entwicklung eines regionalen Konzeptes für ein leistungsfähiges Park-und-Ride-System (z. B. Raststätte Taunusblick, Wallauer Spange).

Straßenverkehr: Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen verbessern, Verkehrsfluss optimieren

- Erhalt bzw. Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen des Hochtaunuskreises und des Main-Taunus-Kreises für den Kfz-Verkehr.
- Optimierung der Baustellenlogistik. Dazu gehört als Instrument der Wirtschaftsförderung auch die Etablierung eines frühzeitigen Informationssystems als Standard für betroffene Unternehmen.
- Optimierung des innerstädtischen Straßennetzes in Oberursel, insbesondere rund um das Gewerbegebiet Süd.
- Entwicklung und Umsetzung einer langfristigen Lösung zur Verbesserung der gesamten Verkehrssituation in und um Eschborn unter Einbeziehung des Landes Hessen.
- Bereitstellung ausreichender Parkplatzkapazitäten in den Kommunen unter besonderer Berücksichtigung der berechtigten Interessen des innerörtlichen Einzelhandels; nach Möglichkeit Schaffung bzw. Erweiterung kostenfreier Kurzzeitparkplätze.
- Konsequente Umsetzung einer zeitgemäßen Gestaltung der Parkhäuser in den Kommunen des Hochtaunuskreises und des Main-Taunus-Kreises.
- Realisierung der Radschnellwege FRM 3, 4 und 5.
- Fußwegenetze und Beschilderung in den zentralen Einkaufslagen weiter optimieren. Innerstädtische Radwegesysteme in den Kommunen weiter ausbauen.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss
Standortpolitik
069 2197-1332
a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

Dr. Thomas Steigleder
Innovation und Umwelt
069 2197-1293
t.steigleder@frankfurt-main.ihk.de

3. HANDEL UND TOURISMUS



WIE ES IST

I Der Einzelhandel verliert an Bedeutung im innerstädtischen Branchenmix, bleibt aber treibende Kraft: Der Handel als Zugkraft des Wirtschaftsstandorts Innenstadt hat infolge der Coronapandemie an Bedeutung verloren und somit Trading-Down-Prozesse in Gang gesetzt, die ganze Innenstädte und ihre Zukunftsfähigkeit gefährden. In den Folgejahren haben Preiserhöhungen und die anhaltende Inflation aufgrund der unsicheren geopolitischen Lage zu einer Kaufzurückhaltung der Konsumenten geführt. Aus diesem Grund haben sich die seit Ende der Pandemie steigenden Passantenfrequenzen auf der Frankfurter Zeil nicht in den Einzelhandelsumsätze niedergeschlagen. Während in der Frankfurter Innenstadt in 1a-Lagen nach dem Verschwinden traditioneller Handelsbetriebe Baustellen und ein stetiger Geschäftswechsel dominieren, dünn in kleineren und mittleren Kommunen das Einzelhandelsangebot aus. Trotz der geschilderten Entwicklung bleibt der Einzelhandel nach wie vor die Hauptattraktion der Innenstädte und Ortskerne, auch wenn die Bedeutung der Gastronomie und der Unterhaltungsbranche zunimmt.

I Leerstände in den Innenstädten und Ortszentren nehmen zu: Schließungen und Geschäftsaufgaben im Einzelhandel und der Gastronomie waren in den vergangenen Jahren an der Tagesordnung, betroffen waren sowohl inhabergeführte kleine Betriebe als auch Filialisten und Großunternehmen. Als Folge breitete sich

in den Städten und Ortszentren vermehrt Leerstand mit den sich daraus ergebenden negativen Auswirkungen auf die umliegenden Geschäfte sowie die Stadtentwicklung aus. Insbesondere die Schließung bzw. der Umbau einzelner Großimmobilien (Karstadt, P&C, ESPRIT etc.) führt aufgrund ihrer hohen – auch repräsentativen – Bedeutung für einzelne Innenstädte (Ankerimmobilien) zu tiefgreifenden, strukturellen Problemen. Gleichzeitig zeigen die Erfahrungen aus früheren Umnutzungen, dass solche Problemimmobilien nach einer Umstrukturierung zur Wiederbelebung der Zentren führen können.

I Die Erreichbarkeit der Innenstädte und der Einkaufsstraßen bleibt Verbesserungswürdig: Auch die Erreichbarkeit bleibt ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung und den Erfolg der innerstädtischen Branchen Handel und Gastronomie. Einige Kommunen reagieren einseitig mit Restriktionen und Verboten für den Autoverkehr. In Frankfurt am Main verfolgt die Koalition das Ziel, die Stadt autoarm bis autofrei zu gestalten. Demzufolge wird die Radverkehrsinfrastruktur konsequent zulasten des PKWs ausgebaut. Die wichtigste Maßnahme in diesem Prozess ist die Umgestaltung der Einkaufsstraßen in fahrradfreundliche Nebenstraßen. In den letzten Jahren wurden im Rahmen dieser Strategie der Oeder Weg, die Töngesgasse und der Grüneburgweg entsprechend umgebaut. Aber auch wichtige Zubringer und

Durchgangstraßen werden für den Autoverkehr komplett oder zum Teil gesperrt (Eschenheimer Landstraße), was mit der Wegnahme von Parkplätzen und Stellflächen einhergeht. Die größte Hürde für den Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel stellt der ÖPNV dar, der unzuverlässig, ausgedünnt und stark überlastet ist.

Die Tourismusbranche in Frankfurt am Main hat sich in den letzten Jahren deutlich erholt und befindet sich wieder auf Erfolgskurs, insbesondere nach den pandemiebedingten Rückschlägen: Zur strategischen Weiterentwicklung der Stadt Frankfurt am Main als führender Standort für MICE-Veranstaltungen wurde die Initiative „Frankfurt MICE 2030“ ins Leben gerufen. Ziel ist es, die Attraktivität Frankfurts als internationales Kongress- und Veranstaltungszentrum zu stärken und die Stadt langfristig unter den Top-Destinationen in Europa zu etablieren. Ab 2025 sollen

mit der Neuauflage des Kongressförderpaketes zusätzliche Gelder für die Vermarktung des Kongressstandorts Frankfurt am Main zur Verfügung stehen. Abgesehen von den dadurch zu erwartenden positiven Effekten ist die finanzielle und personelle Ausstattung des Frankfurt Convention Bureaus im europäischen Vergleich seit Jahren unterdurchschnittlich.

Touristische Kooperation in FrankfurtRheinMain: Die Neustrukturierung der Destination FrankfurtRheinMain hat die Grundlage für neue Kooperationen und Partnerschaften geschaffen, um gegenüber konkurrierenden Tourismusdestinationen wettbewerbsfähig zu bleiben. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, eine gemeinsame touristische Vermarktung voranzutreiben. Die IHK Frankfurt am Main ist Teil des Netzwerks Tourismus und des Nachhaltigkeitsrates der Destination FrankfurtRheinMain.

WAS ZU TUN IST

Kooperationen ausbauen: Um das Ladensterben gerade in den kleineren Kommunen oder Stadtteilen größerer Städte zu bremsen, bedarf es einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung mit den Unternehmen in den Einkaufsstraßen sowie mit Kammern und Verbänden. Satzungen, die Aktionen und Werbung von Einzelhändlern verbieten oder verteuern, sollten abgeschafft werden. Ein „Kümmerer“ seitens der Stadt, der die Verwaltungsstrukturen und handelnden Akteure kennt, hilft, die Alltagsprobleme der Unternehmen zu reduzieren und schelle pragmatische Lösungen dafür zu finden.

Nutzungsmix in Innenstädten und Ortszentren fördern: Die Coronapandemie hat die über Jahrzehnte gewachsene monopolistische Struktur des Wirtschaftsstandorts Innenstadt infrage gestellt. Als Lösungswege für die Zukunft gewinnen zunehmend neue Handelsformate – auch als Zwischennutzungen wie Pop-Up-, Concept- und Smart-Stores sowie Mixed-Use-Projekte – an Bedeutung. Solche neuen Konzepte sind ein zukunftsweisendes Modell, um der Verödung der Innenstädte und Zentren entgegenzuwirken und sie letztlich wieder lebendig und attraktiv zu machen.

Die Aufenthaltsqualität nachhaltig erhöhen, digitale Angebote ausbauen: Die Aufenthaltsqualität der Innenstadt, Einkaufslagen und -straßen bietet ein angenehmes reales Einkaufserlebnis als Kontrast zum virtuellen Einkauf und ist daher von zentraler

Bedeutung. Neben einer ansprechenden baulichen Gestaltung des öffentlichen Raums zählen hierzu die Klassiker wie Sauberkeit und Sicherheit, aber auch markante städtebauliche Akzente sowie mehr Außengastronomie und kulturelle Nutzungen.

Klimaanpassungsmaßnahmen durchführen: Die Folgen des Klimawandels sind in stark verdichteten Räumen wie der Frankfurter Innenstadt deutlich spürbar. Aufgrund der zunehmenden Hitze in den Sommermonaten der letzten Jahre ist es von entscheidender Bedeutung, die Innenstadt an die neuen klimatischen Bedingungen anzupassen, um eine angenehme Aufenthaltsatmosphäre für Kunden und Touristen zu schaffen. Ohne entsprechende Anpassungsmaßnahmen besteht die Gefahr, dass die Innenstadt in den Sommermonaten unangenehm heiß wird und durch ausbleibende Kundschaft die Umsätze zurückgehen. Unter diesen Maßnahmen befinden sich Begrünung und Beschattung, Flächenentsiegelung auf Plätzen und die Schaffung von Kühlungsräumen (Urban Cooling Areas) in der Stadt.

Erreichbarkeit verbessern: Bei der Erreichbarkeit der Einkaufsbereiche sollte berücksichtigt werden, dass einseitige Verbote des Autoverkehrs zur Abwanderung der Innenstadtbesucher in andere Einzelhandelsstandorte sowie in den Online-Handel führen. Funktionierende und für den Nutzer bequeme Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln und ausreichende Park-and-Ride-Angebote sollten daher schnell ausgebaut werden.

- **Ein Bekenntnis zu den Destinationen FrankfurtRheinMain bzw. Taunus:** Das Bewusstsein und die Akzeptanz für den Tourismus sollten gesteigert werden, um das ungenutzte touristische Potenzial in der Region zu heben und zusätzliche Tourismussegmente zu erschließen.
- **Die touristische Zusammenarbeit in der Region sollte weiter intensiviert werden:** Es gilt, Kooperationen über Gemeinde-, Landkreis- und Ländergrenzen hinweg zu fördern. Insbesondere unter den Destinationen FrankfurtRheinMain und Taunus können attraktive Vermarktungskooperationen geschaffen werden und die symbiotischen Potenziale genutzt werden.
- **Die Stärken im Geschäftsreise-Segment sowie das Messe-, Tagungs- und Kongresswesen sollten gesichert und gefördert werden:** Um den Privatreiseverkehr anzukurbeln, sollten die Unternehmen in Kooperation mit Verbänden und Tourismusorganisationen weitere Produkte/Angebote entwickeln.

WAS LEISTET DIE IHK FRANKFURT AM MAIN

- Aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung für die Region FrankfurtRheinMain engagiert sich die IHK Frankfurt am Main für die Attraktivitätssteigerung der Frankfurter Innenstadt. Mit dem Ziel, den Status quo sowie den Handlungsbedarf in der Frankfurter Innenstadt nach der Coronapandemie zu ermitteln, gab die IHK Frankfurt am Main im Jahr 2024 erneut eine Passantenbefragung in der Frankfurter Innenstadt in Auftrag. Die Ergebnisse werden in politischen Veranstaltungen, aber auch in Positionen und Politikbriefen thematisiert.
- Die IHK Frankfurt am Main begleitet und evaluiert die verkehrlichen Umbaumaßnahmen der Stadt Frankfurt am Main. Zu diesem Zweck werden Gespräche mit den betroffenen Unternehmen der bereits umgestalteten oder umzugestaltenden Einkaufsstraßen geführt, Informationsworkshops organisiert und Befragungen durchgeführt (beispielsweise Oeder Weg).
- Die IHK Frankfurt am Main hat in den Jahren 2022 bis 2024 unter anderem im „Crashkurs Gastgewerbe“ die Kompetenzen von Mitarbeitern im Gastgewerbe erhöht. Darüber hinaus koordiniert die IHK Frankfurt am Main seit 2023 die Webinar-Reihe der hessischen IHKs für Einzelhandelsunternehmen und beteiligt sich an der hessischen Webinar-Reihe für Gewerbevereine.

- **Die Mehreinnahmen durch die Erweiterung des Tourismusbeitrags in Frankfurt am Main sollten weiterhin gezielt und vor allem gebündelt für die touristische Vermarktung eingesetzt werden:** Ab dem Jahr 2025 stehen durch die Ausweitung des Tourismusbeitrags auf Geschäftsreisende deutlich mehr finanzielle Mittel für die Tourismusförderung in Frankfurt am Main zur Verfügung. Die Mehreinnahmen aus der Zweckabgabe dürfen nicht dazu führen, dass Mittel aus regulären Budgets ersetzt werden, sondern zusätzlich zur Stärkung des Tourismusstandorts eingesetzt werden. Der Tourismusbeitrag in Frankfurt am Main bzw. die erfolgreiche Zusammenarbeit im Tourismusbeirat der Stadt Frankfurt am Main kann ebenso für Kommunen im Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis ein Ansatz sein, wie eine zielgeführte Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft gelingen und Vertrauen aufgebaut werden kann.

- Die IHK Frankfurt am Main fördert und stärkt die Frankfurter Innenstadt als Shopping-, Gastronomie- und Tourismusdestination: Mit der Beteiligung an der Umsetzung der Masterpläne Erlebniscity sowie Tourismus der Stadt Frankfurt am Main setzt sich die IHK dafür ein, dass die Stadt insbesondere für das Umland attraktiv bleibt und in den Bereichen Kultur, Events, Gastronomie und Shopping als echte Erlebniscity wahrgenommen wird.

- Die IHK Frankfurt am Main verfolgt klare touristische Positionen: Im Tourismusbeirat der Stadt Frankfurt am Main begleitet die IHK die Umsetzung der im „Masterplan Tourismus 2030 Frankfurt am Main“ festgelegten Handlungsfelder und Handlungsempfehlungen und stellt im Lenkungskreis zum Masterplan Tourismus eigene Projektanträge ein. Zusätzlich trägt die IHK durch die Teilnahme an der Projektgruppe zum wiederaufgelegten Kongressförderkopf der Stadt Frankfurt am Main sowie durch die finanzielle Unterstützung des Programms „Frankfurter Kongressbotschafter“ zur Stärkung des Kongressstandortes bei.

- Die IHK Frankfurt am Main stärkt mit der Aktion „Heimat shoppen“ und den im Jahr 2024 initiierten Formaten Erfahrungsaustausch „Zukunft Innenstadt“ und „Tag der Gewerbevereine“ die regionale Zusammenarbeit, den Dialog und den Wissenstransfer im IHK-Bezirk.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Tourismus- und Kongressstandort Frankfurt am Main weiterentwickeln

Frankfurt am Main steht im harten Wettbewerb mit anderen nationalen und internationalen Tourismus- und Kongressstandorten, weshalb eine schnelle und konsequente Umsetzung folgender Maßnahmen für die Zukunft des Standortes entscheidend ist:

- Konsequente Umsetzung der im Masterplan Tourismus 2030 für die Stadt Frankfurt am Main festgesetzten Schlüsselprojekte und Maßnahmen.
- Effizienter Einsatz der Einnahmen aus dem Tourismusbeitrag, vorrangig für große und mehrjährige Tourismusmarketingkampagnen und -projekte.
- Stärkung Frankfurts als Tagungs- und Kongressstandort: Effizienter Einsatz des Kongressförderpofes, um möglichst große Kongresse in die Stadt zu holen.
- Stärkung und Ausbau Frankfurts als Ziel für Freizeittourismus, beispielsweise durch die Förderung des Shopping- und Kulturtourismus.
- Bildung von Synergien zwischen Einzelhandels-, Gastronomie- und Tourismusangeboten, Shopping als Erlebnis gestalten und für die Zielgruppe der Touristen sowie Kongress- und Messegäste erschließen.
- Verstärkte regionale Zusammenarbeit innerhalb der Destination FrankfurtRheinMain, insbesondere bei Angebotspaketen in Kooperation mit der Destination Taunus.
- Erhöhung der Touristen-Willkommenskultur durch den Ausbau und die Modernisierung der touristischen Infrastruktur.
- Zügige Umsetzung des Baus einer Multifunktionsarena, denn Sport und Kultur sind Treiber für den Tourismus und stärken das Gastgewerbe, den Einzelhandel und eine Reihe weiterer Dienstleistungsbranchen.
- Konsequenter Abbau von Bürokratie, insbesondere für Betriebe des Gastgewerbes.

Die Frankfurter Innenstadt attraktiver und lebendiger gestalten

- Vitale Geschäftsstraßen steigern die Attraktivität der Innenstadt sowie der Stadtteile und machen diese zu lebendigen Stadtvierteln. Zunehmend stehen diese Standorte jedoch

nicht nur in Konkurrenz zu anderen Standorten, sondern insbesondere seit dem Ausbruch der Coronapandemie auch im Wettbewerb mit dem Onlinehandel. Die Ergebnisse der durchgeführten gemeinsamen Passantenbefragung der IHK Frankfurt am Main, der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH und der Stabsstelle Stadtmarketing der Stadt Frankfurt am Main aus dem Jahr 2024 zeigen, dass rund 39 Prozent der Zeil-Passanten seltener in der Frankfurter Innenstadt einkaufen und stattdessen verstärkt die Angebote des Onlinehandels nutzen.

Vor diesem Hintergrund ist es aufgrund ihrer überregionalen Bedeutung, ihres großen Einzugsgebiets und ihres Vorzeigecharakters notwendig, die Frankfurter Innenstadt attraktiver zu gestalten. Denn trotz des fortgeschrittenen Strukturwandel der Branche wird der Einzelhandel, vor allem in zentralen Orten, auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Aus der Passantenbefragung geht zudem hervor, dass über 73 Prozent der Besucher zum Einkaufen in die Innenstadt kommen. Somit bleibt der Einzelhandel, gefolgt von der Gastronomie mit etwa 41 Prozent, der Hauptbesuchsanlass und treibende Kraft der Frankfurter Innenstadt.

Auch die IHK-Standortumfrage 2024 zeigt, dass die Unternehmen hinsichtlich der Aufenthaltsqualität in den Einkaufsbereichen der Stadt Frankfurt am Main Handlungsbedarf sehen. Die Bedeutung des Themas ist im Vergleich zum Jahr 2020 signifikant gestiegen, was für ein erhebliches Verbesserungspotenzial aus Sicht der Unternehmen spricht.

Zur Erhöhung der Attraktivität der Frankfurter Innenstadt einschließlich des Bahnhofsviertels sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Verbesserung der Sicherheit, der Sauberkeit und des Services in der ganzen Innenstadt, aber vor allem in den Shopping- und Flanierbereichen sowie dem Bahnhofsviertel, um den Unternehmen, deren Kunden und Geschäftspartnern sowie Touristen einen attraktiven Rahmen zu bieten. Eine erhöhte Sicherheit ist dabei essenziell, damit sich Kunden und Besucher wohler fühlen, die Umsätze stabil bleiben und die Betriebe weiterhin attraktiv für Arbeitnehmer sind. Hierfür ist

es nötig, die Präsenz von Sicherheitskräften noch weiter zu erhöhen, indem mehr Polizei- und Ordnungsdienststreifen in Einkaufsstraßen und öffentlichen Plätzen, insbesondere in den Abend- und Nachtstunden, eingesetzt werden.

Zusätzlich wird eine optimierte Straßen- und Platzbeleuchtung zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls beitragen, insbesondere in dunklen Straßenzügen, Parkanlagen und Unterführungen. Videoüberwachung und Waffenverbotszonen sollten dringend auf weitere Kriminalitätsschwerpunkte ausgedehnt werden. Aggressive organisierte Bettelei, überbordende Straßenmusik und Alkoholmissbrauch in den Einkaufslagen sollte unterbunden werden. Ein weiterer Baustein ist die Verlagerung des Nachtquartiers in der B-Ebene und der U-Bahnstation Eschenheimer Tor an eine weniger zentrale Stelle.

- Das Thema Sicherheit sollte zur Chefsache erklärt werden, indem in einer Stabstelle direkt beim Oberbürgermeister die Kompetenzen gebündelt werden. Damit würde dem dringend notwendigen Handlungsbedarf für die Wirtschaft bei diesem Thema, das auch auf die Standortattraktivität ausstrahlt, Ausdruck verliehen.
- Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen im Innenstadtbereich, beispielsweise begrünte Flächen, Wasserelemente, kühlendes Stadtmobiliar etc. Ohne entsprechende Anpassungsmaßnahmen besteht die Gefahr, dass die Innenstadt in den Sommermonaten unangenehm heiß wird und die Umsätze zurückgehen.
- Konsequente Umsetzung der Maßnahmen und Projekte des Masterplans ErlebnisCity Frankfurt am Main, insbesondere die Erneuerung der zentralen Plätze:
 - Entwicklung der Hauptwache zum attraktiven Eingangstor zur Frankfurter Innenstadt.
 - Umgestaltung der Konstablerwache zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und um eine bessere Verbindung zwischen Ost- und Westteil zu gewährleisten.
 - Aufwertung von Goetheplatz und Rathenauplatz sowie des Umfelds der Kleinmarkthalle durch Steigerung der Aufenthaltsqualität.
- Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Innenstadtkunden mit gemeinsamen Services. Dazu zählen beispielsweise Informationen über Einkaufsangebote, -rabatte und -aktionen, die Möglichkeit, Einkäufe dort abzustellen, zu verpacken und versenden zu lassen, Angebote für Familien und Kinder und vieles mehr.

City- und Stadtteilmarketing stärken, Image nachhaltig verbessern

Der Status quo der Frankfurter Innenstadt sowie der Einkaufsstraßen der Stadtteile als Einzelhandelsstandorte ist nur schwer aufrechtzuerhalten. Um im zunehmenden Wettbewerb bestehen und das Image Frankfurts nachhaltig weiter verbessern zu können, bedarf es großer Anstrengungen.

- Bessere personelle Ausstattung des Stadtmarketings der Stadt Frankfurt am Main, insbesondere, um die Projekte des Masterplans ErlebnisCity zielgerichtet umsetzen zu können.

Erreichbarkeit der Innenstadt und der Einkaufsstraßen erhalten

Zentrale Forderung, um die standortabhängigen Branchen Einzelhandel und Gastronomie zukunftsfähig auszurichten, bleibt die Erhaltung bzw. Verbesserung der Erreichbarkeit der Einkaufsstraßen, -lagen und der Innenstadt für Kunden, Mitarbeiter, Geschäftspartner und Lieferanten. Aus der Passantenbefragung im Jahr 2024 geht hervor, dass 43 Prozent der Besucher der Frankfurter Innenstadt aus dem Umland kommen und die Mehrheit davon mit dem PKW oder Motorrad anreist. Frankfurt am Main ist eine Pendlerstadt von überregionaler Bedeutung mit einem großen Einzugsgebiet. Daher sind der Einzelhandel und die Gastronomie auf auswärtige Kunden, insbesondere aus den Taunusbezirken, angewiesen.

Bei verkehrlichen Projekten ist die zentrale Forderung der IHK Frankfurt am Main, die Gewerbetreibenden in die Verkehrs- und Mobilitätsprojekte einzubinden. Weitere wünschenswerte Maßnahmen:

- Verbesserung der Anbindung und Erhalt von Parkmöglichkeiten, mit dem Ziel der Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels.
- Schaffung von geeigneten Be- und Entlademöglichkeiten für Lieferverkehre.
- Sicherstellung der Nahversorgung in den Stadtteilen. Die gezielte Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen in den Statteilen, insbesondere des Einzelhandels, wirkt einerseits Verödungsprozessen entgegen und stärkt andererseits die lokale Wirtschaft. Diese Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und tragen letztendlich zur wirtschaftlichen Stabilität der Region bei.
- Einführung einer Brötchentaste an den Parkautomaten in den Einkaufsbereichen der Stadtteile.

Leerstand reduzieren, Flächen sinnvoll neu nutzen

Leerstehende Flächen und Gebäude, häufig an zentralen und oder frequentierten Orten, haben sich infolge der Coronapandemie ausgeweitet und sind Nährboden für wirtschaftliche und soziale Probleme (Unsicherheit, Vandalismus, Präsenz von Randgruppen). Diese führen letztendlich zu einer sich vermindernden Attraktivität für ganze Standorte.

Aus der Revitalisierung leerstehender Flächen ergeben sich vielfältige Vorteile. Sie können beispielsweise neue Unternehmen anziehen, Arbeitsplätze schaffen, die lokale Wirtschaft stärken und schließlich das Stadtbild verbessern. Bei der Nachnutzung dieser Flächen und Gebäude ist der Vorrang auf gewerbliche Nutzungen, darunter für neue Ansiedlungen des Einzelhandels, zu geben. Als Zwischennutzungen eignen sich auch Kunst- und Kulturaktionen sowie Events. Nicht zuletzt kann man diese auch

als Testräume für neue Shopping-Konzepte sowie Pop-Ups zugänglich machen.

Bei der Nachnutzung leerstehender Flächen und Geschäften sowie bei Eröffnung neuer Geschäfte und Gewerbeanmeldungen lässt sich vermehrt ein Trend zu nutzungsgemischten Konzepten beobachten, die über die typische Kopplung von Einzelhandel und Gastronomie hinausgehen. Es ist vor diesem Hintergrund empfehlenswert, Maßnahmen zur gezielten Förderung von Mixed-Use-Konzepten zu implementieren, darunter die Anpassung der Bau- und Nutzungsbestimmungen, die die Kombination verschiedener Nutzungen in einem Gebiet ermöglichen, die Schaffung von finanziellen Anreizen und Förderprogrammen oder die Integration von Mixed-Use-Konzepten in die städtebauliche Planung und Entwicklung.

FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS

Aufenthalts- und Erlebnisqualität der Innenstädte stärken

Nicht zuletzt die Schließungen der Einzelhandelsfachgeschäfte während der Ausgangsbeschränkungen im Zuge der Corona-pandemie haben gezeigt, wie wichtig vitale Geschäftsstraßen für die Attraktivität von Innenstädten sind. Der Einzelhandel in den Mittelzentren des Hochtaunuskreises (Bad Homburg, Friedrichsdorf, Königstein, Kronberg, Oberursel, Usingen) und des Main-Taunus-Kreises (Bad Soden, Eschborn, Flörsheim, Hattersheim, Hofheim, Kelkheim, Schwalbach) konkurrieren nicht nur untereinander, sondern insbesondere auch mit den Oberzentren Frankfurt am Main und Wiesbaden sowie mit dem großflächigen Einzelhandel im Main-Taunus-Zentrum in Sulzbach. Hinzu kommt der wachsende Trend zum Onlinehandel. Für die Zukunft des innerstädtischen Einzelhandels in den beiden Landkreisen ist daher die Sicherstellung bzw. Erhöhung der Aufenthaltsqualität ein zentraler Faktor.

Eine weitere Herausforderung stellt in einzelnen Stadtteilen der Mittelzentren sowie in den Unterzentren der Landkreise die Sicherung oder Neuansiedlung von Nahversorgungsbetrieben dar. Sowohl für die Gewinnung von Fachkräften für die Region als auch für die Versorgung der Beschäftigten in den Unternehmen ist die Nahversorgung von elementarer Bedeutung.

■ Entwicklung und Umsetzung von Innenstadtkonzepten, die stärker als bisher die Aufenthalts- und Erlebnisqualität in den Vordergrund rücken und Einzelhandel, Gastronomie sowie personenbezogene Dienstleistungen gleichberechtigt berücksichtigen. Dazu gehört unter anderem auch eine großzügige Genehmigungspraxis für die Außengastronomie. In einigen Kommunen der Landkreise besteht bei der Stärkung der innerstädtischen Aufenthalts- und Erlebnisqualität noch nicht ausreichend genutztes Entwicklungspotenzial:

- Entwicklung des Rathausplatzes in Oberursel als attraktiven Einzelhandelsstandort zur Steigerung der Passantenfrequenz.
- Stärkung des alten Ortskerns in Neu-Anspach durch die Ansiedlung von Gastronomie, Einzelhandel und medizinischen Einrichtungen sowie Steigerung der Attraktivität des Feldberg-Centers als Handels- und Dienstleistungszentrum.
- Durch die Usinger Innenstadt führen zwei Bundesstraßen. Die tägliche Verkehrs frequenz ist mit ca. 20.000 Fahrzeugen dadurch – verglichen mit Städten ähnlicher Größenordnung – sehr hoch.¹¹ Hierunter leidet die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt. Durch die sogenannte Nord-Ost-Umgehung wird die Usinger Innenstadt vom bisher starken Durchgangsverkehr entlastet werden. Hier-

11 Quelle: Nahmobilitätskonzept für die Stadt Usingen 2022

durch entstehen neue Chancen zur städtebaulichen Aufwertung des alten Ortskerns. Wichtig ist unter anderem die Schaffung einer attraktiven fußläufigen Verbindung zwischen den großflächigen Einzelhandelsbetrieben um den Achtzehnmorgenweg und der Innenstadt. Die aktuellen kommunalpolitischen Überlegungen zur Förderung von Gastronomie- und Einzelhandels-Ansiedlungen in der Innenstadt sind grundsätzlich zu begrüßen.

- In Flörsheim besteht nach wie vor Verbesserungspotenzial bei der Verbindung der Flörsheimer Kolonnaden zum alten Innenstadtbereich.
- Kelkheims „Neue Mitte“ hat das Stadtbild deutlich aufgewertet. Ein weiterer Ausbau des außengastronomischen Angebots sowie eine städtebauliche Aufwertung auch der angrenzenden Einkaufsstraßen würden den örtlichen Einzelhandel stärken.
- Zügige Umsetzung der bereits beschlossenen Planungen für die Umgestaltung des Unteren Marktplatzes in Schwalbach zur Sicherung des örtlichen Einzelhandels und Ansiedlung von Gastronomie.
- Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Gewährleistung des Fortbestands der Nahversorgungsunternehmen in den Stadtteilen der Mittelzentren sowie in den Unterzentren. Vor allem im nördlichen Hochtaunuskreis ist dies zur Stärkung der Attraktivität als Wirtschaftsstandort und Wohnstandort für Fachkräfte von Bedeutung.
- Zur Sicherung und Stärkung des innerstädtischen Einzelhandels, der Gastronomie und personenbezogener Dienstleistungen sind kommunale Stadtmarketing-Aktivitäten in den Landkreisen des IHK-Bezirks von großer Bedeutung. Die bereits vorhandenen Maßnahmen gilt es daher fortzusetzen und für die Zukunft noch auszubauen. Dazu ist es wichtig, dass die Stadtmarketing-Aktivitäten strategisch ausgerichtet, branchenübergreifend und Bestandteil einer zukunftsorientierten Stadtentwicklungspolitik sind.

Touristische Potenziale besser ausschöpfen – interkommunale Zusammenarbeit stärken

Der Hochtaunuskreis und der Main-Taunus-Kreis haben touristisch viel zu bieten. Von besonderer touristischer Wertschätzung und gleichzeitig als größte Stärke der Region gilt die Taunuslandschaft. Um diese zu erhalten, ist ein nachhaltiger Tourismus

im Taunus in Einklang mit der Natur zu etablieren. Der Taunus verfügt mit einem attraktiven Angebot, starken Heilbädern und Kurorten sowie einem hervorragenden Einzugsgebiet über gute Voraussetzungen für die Tourismusentwicklung.

Gerade in den letzten Jahren haben sich in Deutschland die Rahmenbedingungen im Tourismus durch die digitale Transformation und den demografischen Wandel deutlich geändert. Auch dies sollte bei der Entwicklung der Angebote berücksichtigt werden.

Im Jahr 2019 hat die Zahl der Übernachtungen im Taunus noch 3,38 Millionen betragen. Durch die Coronapandemie ist allerdings ein dramatischer Rückgang erfolgt. Seit 2021 stiegen die Zahlen wieder stetig an und befanden sich 2022 bei 2,7 Millionen und 2023 bei 2,96 Millionen Übernachtungen.¹²

Die Beschäftigung zahlreicher Menschen in der Region hängt direkt oder indirekt von der Tourismuswirtschaft ab. Im Jahr 2018 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Bereich der „Tourismus-, Freizeit- und Gesundheitswirtschaft“ bei rund 32.000.¹³

Wichtig für die beiden Kreise und die Unternehmen ist vor allem auch der Tagestourismus. Hieron profitieren insbesondere Gastronomie, Einzelhandel und weitere Dienstleistungen.

Die vorhandenen touristischen Potenziale zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes sind noch längst nicht ausgeschöpft. Vor allem folgende Maßnahmen sollten umgesetzt werden:

- Stärkung des Tourismus und seiner Wahrnehmung als regionaler Wirtschafts- und Standortfaktor.
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit und Netzwerkstrukturen zwischen den Taunusgemeinden und Frankfurt am Main.
- Verbesserung der Angebots-, Aufenthalts- und Lebensqualität für Gäste und Einheimische.
- Schnüren spezifischer „Pakete“ für unterschiedliche touristische Themen durch die jeweiligen Anbieter in der Region, beispielsweise „Kulturerlebnis“, „Ausflugsziele & Attraktionen“, „Wellness & Wohlbefinden“, „Wandern“, „Radfahren & Mountainbiken“, „Golf & Genuss“.

■ Qualitativer Ausbau des touristischen Angebots, zum Beispiel durch:

- Aufeinander abgestimmte Öffnungszeiten in der Gastronomie – nicht nur am Wochenende.
- Qualitätssicherung der vorhandenen Wanderwegeinfrastruktur.
- Stärkere Vernetzung der Anbieter entlang der Wertschöpfungskette „Gesundheit“ über Bad Homburg hinaus. Dieses Netzwerk soll auch für die Weiterentwicklung kurz- und tagestouristischer Angebote genutzt werden.

■ Modernisierung des Kurbades in Königstein und Ausbau des Wellness-Angebotes.

- Systematische Überprüfung des touristischen Angebots bzw. der touristischen Einrichtungen auf Aspekte der Barrierefreiheit.

KONTAKT

Dr. Alexander Theiss

Standortpolitik

069 2197-1332

a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

4. DIGITALE WIRTSCHAFT



WIE ES IST

■ Digitalisierungstrend fordert leistungsfähige Infrastruktur:

Die zunehmende Digitalisierung verlangt eine sehr gute Infrastruktur für den Datenverkehr und die Datenverarbeitung sowie eine marktorientierte Regulierung. Nicht zuletzt durch die Pandemie und die Weiterentwicklung von New-Work-Konzepten haben sich in den Unternehmen die Vorstellungen und Bedarfe hinsichtlich des mobilen Arbeitens weiterentwickelt. Dabei schafft die Digitalisierung auch Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und reduziert Pendlerverkehre.

■ Frankfurt am Main bietet leistungsfähige Infrastruktur:

Die Stadt ist Heimat des weltgrößten Internetknotenpunkts (DE-CIX) und der bedeutendste Rechenzentrumsstandort in der EU. Frankfurt am Main ist daher prädestiniert, sich als die Europäische Digitalisierungshauptstadt zu positionieren. Auch ist mit wenigen Ausnahmen die Versorgung in den Kommunen im IHK-Bezirk Frankfurt am Main mit Breitbandanschlüssen weit besser als im bundesweiten Durchschnitt.¹⁴

Trotz dieser positiven Entwicklungen sehen die Unternehmen im Rahmen der IHK-Standortumfrage 2024 weiterhin hohen Handlungsbedarf bei der Breitbandversorgung sowohl in Frankfurt am Main als auch in den beiden Landkreisen. Im Main-Taunus-Kreis und im Hochtaunuskreis zählen die Unternehmen die Breitbandversorgung sogar zu den zehn wichtigsten Handlungsbedarfen.

■ Digitalisierung und KI als Zukunftstreiber: Die voranschreitende Digitalisierung und die Entwicklung Künstlicher Intelligenz sind wesentliche Treiber für Wohlstand, Innovation, die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die schnellere Erreichung der Klimaschutzziele, auch in der Region FrankfurtRheinMain. An den Universitäten und Instituten der Region werden bereits im Rahmen von Green IT mit Erfolg Technologien für energiesparende Hochleistungsrechner und energieeffiziente Rechenzentren weiterentwickelt – eine wichtige Grundlage für die Transformation hin zu nachhaltigen Rechenzentren.

■ Entsprechende Voraussetzungen sollten für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit gegeben sein: Der Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Stärkung des Digitalisierungsclusters sind daher von zentraler Bedeutung für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Stadt und der Region. Dies ist die Grundvoraussetzung, um weiterhin attraktiv für innovative Unternehmen, Startups und Forschungseinrichtungen zu bleiben, die auf eine zuverlässige digitale Infrastruktur angewiesen sind.

■ Restriktive Maßnahmen beim Bau und Betrieb von Rechenzentren können die Investitionsbereitschaft einschränken und Frankfurt am Main im internationalen Wettbewerb schwächen. Auch besteht noch erheblicher Nachholbedarf bei der Digitalisierung der Verwaltung sowie bei der Bereitstellung von öffentlichem WLAN. Restriktive Maßnahmen der Stadt Frankfurt am Main finden sich auch mit Blick auf digitale Werbung in Ladengeschäften oder im öffentlichen Raum.

14 Quelle: Gigabit-Grundbuch der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

WAS ZU TUN IST

Planungsressourcen für die Gigabitregion: Die Kommunen im IHK-Bezirk Frankfurt am Main haben sich für die Teilnahme am Projekt „Gigabitregion FRM 2025“ des Regionalverbands Frankfurt-RheinMain ausgesprochen. Für die Umsetzung der damit verbundenen Glasfaser-Ausbauabschritte sollten die Kommunen entsprechende Planungsressourcen vorsehen, damit sie die neuen Kapazitäten zügig zum Nutzen der ansässigen Betriebe einrichten können.

Nutzung und weiterer Ausbau der bestehenden digitalen Infrastruktur: Die Standortvorteile sollten deutlich besser genutzt werden, um innovative Unternehmen, Startups mit nachhaltigen Produktideen, Forschungseinrichtungen sowie Hochschulabsolventen anzuziehen, sie langfristig in der Stadt und der Region zu halten und die Gründung neuer Unternehmen und damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu fördern.

Beschränkungen zurücknehmen: Die verantwortlichen Akteure der Stadt Frankfurt am Main sollten die bedeutende Rolle von Rechenzentren im digitalen Wandel anerkennen und restriktive Einschränkungen beim Bau von Rechenzentren überdenken. Weitere und auch intelligente Möglichkeiten für deren Ansiedlung sollten geschaffen werden.

Digitalisierung für mehr Klimaschutz nutzen: Frankfurt am Main sollte die Bedeutung eines konsequenten Ausbaus der digitalen Infrastruktur für die Erreichung ehrgeiziger Klimaschutz-

ziele anerkennen. Dank moderner und effizienter Rechenzentren können klimaschädliche Prozesse durch digitale Anwendungen ersetzt und Abwärme zur Wärmeversorgung umliegender Gebiete genutzt werden.

Digitalisierung von Verwaltungsleistungen: Die Weiterentwicklung digitaler Dienstleistungen zur Minimierung des bürokratischen Aufwands ist vor allem für Unternehmen von zentraler Bedeutung. Die Vorgaben des Onlinezugangsgesetzes, welches Bund, Länder und Kommunen verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen bis zum Ende des Jahres 2022 digital anzubieten, sollten auch in den Landkreisen des IHK-Bezirks Frankfurt am Main und ihren Kommunen möglichst rasch umgesetzt werden.

Öffentliches WLAN weiter ausbauen: Um die Attraktivität der Frankfurter Innenstadt zu verbessern, sollte das Gratis-WLAN-Angebot im öffentlichen Raum auf internationales Niveau gebracht und flächendeckend ausgebaut werden.

Standortmarketing intensivieren: Die Standortvorteile im Bereich der digitalen Infrastruktur sollten für das nationale und internationale Standortmarketing nutzbar gemacht werden. Frankfurt am Main sollte sich als Digitalisierungshauptstadt vermarkten. Ein entsprechender Claim könnte hier helfen.

WAS LEISTET DIE IHK FRANKFURT AM MAIN

Initiative zur Stärkung des Digitalstandorts: Die IHK Frankfurt am Main hat gemeinsam mit der Handwerkskammer (HWK) und den Frankfurter Hochschulen eine Resolution verabschiedet, die darauf abzielt, die Position Frankfurts als führender Wirtschafts- und Finanzstandort weiter auszubauen. Ziel ist es, attraktive Rahmenbedingungen für Forschung und Wissenschaft im Bereich Digitalisierung und Künstliche Intelligenz zu schaffen, die Ansiedlung von Startups und innovativen Unternehmen zu fördern und zugleich einen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele zu leisten. Eine zentrale Voraussetzung hierfür ist eine investitionsfreundliche Ansiedlungspolitik, die auch die Bereitstellung von Flächen für Rechenzentren einschließt.

Vernetzung für die Digitalwirtschaft: Frankfurt am Main ist die Digitalisierungshauptstadt Europas. Die IHK Frankfurt am Main hat mit ihrem Ausschuss für Medien-, Kreativ- und Digitalwirt-

schaft eine beratende Stelle mit engagierten Unternehmerinnen und Unternehmern eingerichtet, um das Thema Digitalwirtschaft für den Kammerbezirk zu begleiten. Von hier aus soll ein Netzwerk mit anderen Branchen im Netzwerk der IHK zugunsten der Digitalwirtschaft geknüpft werden, etwa im Bereich Startups oder Finanzen.

Für das starke Wachstum der Rechenzentrumsbranche in der ganzen Region entwickelt die IHK Frankfurt am Main Kriterien für eine sinnvolle Nutzung von Gewerbeblächen unter Beachtung der Nachhaltigkeit.

Mit ihren Sondereinrichtungen BIEG Hessen (Beratungs- und Informationszentrum elektronischer Geschäftsverkehr Hessen GbR) und IHK Hessen Innovativ unterstützt die IHK Frankfurt am Main ihre Mitgliedsunternehmen bei allen Fragen rund um die Digitalisierung – von E-Commerce über Social Media bis zu Industrie 4.0.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Digitale Dienstleistungen für Unternehmen weiterentwickeln und in einem Smart-City-Konzept bündeln, Gewerbegebiete mit Gigabit-Anschlüssen ausbauen und Bedingungen für Rechenzentren verbessern

Das Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre Verwaltungsleistungen bis Ende des Jahres 2022 digital anzubieten. Die Weiterentwicklung digitaler Dienstleistungen zur Minimierung des bürokratischen Aufwands ist vor allem für Unternehmen von zentraler Bedeutung. Dies wird durch die IHK-Standortumfrage im Jahr 2024 bestätigt: Die Unternehmen der Stadt Frankfurt am Main sehen bei dem Faktor Digitalisierung von Verwaltungsverfahren den größten Handlungsbedarf und platzierten diesen als wichtigsten Standortfaktor der insgesamt 32 Faktoren.

Etwaige Maßnahmen sollten dabei aber nicht isoliert voneinander betrachtet werden, sondern zu einem Smart-City-Konzept bzw. Digitalstadt-Konzept zusammengefasst und umgesetzt werden. Auch der Ausbau von Gewerbegebieten mit Gigabit-Anschlüssen sowie die Verbesserung der Bedingungen für Rechenzentren sind für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Frankfurt am Main von entscheidender Bedeutung.

- Ermöglichung digitaler Außenwerbung, da diese wesentlich flexibler und auch kostengünstiger nutzbar ist. Zudem ergeben sich dadurch weitere Möglichkeiten, um beispielsweise aktuelle Informationen oder Warnhinweise an prominenter Stelle platzieren zu können.
- Auf- bzw. Ausbau von öffentlichem WLAN für alle Besucher, insbesondere in der Innenstadt und an zentralen öffentlichen Räumen, zur Förderung des Einzelhandels und der Tourismusdestination Frankfurt am Main.
- Digitale Werbung bzw. Videowerbung in den Ladengeschäften als zeitgemäße Werbemittel der Unternehmen erlauben.
- Einführung eines modernen digitalen Besucherlenkungssystems in der Innenstadt, das die aktuelle Stelen-Beschilderung ergänzt.
- Nutzung von digitalen Schnittstellen zwischen Verwaltung und Unternehmen in der Hotellerie und Gastronomie, beispielsweise bei der Übermittlung der Tourismusbeitragserklärung, der Meldung von Übernachtungszahlen und bei Anträgen zur Genehmigung von Sommergartenen.

- Umsetzung eines digitalen Antragstellungs- und Genehmigungsverfahrens im Straßenverkehr, insbesondere bei Prozessen mit hohen Fallzahlen, bei denen kein persönlicher Beratungsbedarf vorhanden ist. Hierzu gehören beispielsweise Zulassungsvorgänge für Kraftfahrzeuge, Anträge auf Baustelleneinrichtungen oder die Beantragung von Auto-krankfahrten.
- Umsetzung eines intelligenten Parkraumkonzepts durch die Nutzung geeigneter Sensorik in Parkhäusern und auf Stellflächen im öffentlichen Raum, sodass freie Parkplätze in Echtzeit lokalisiert werden können.
- Verbesserung des Verkehrsflusses durch Sensorik und Leitsysteme zur gezielten Steuerung der Verkehrsmengen insbesondere zu Stoßzeiten. Smart-Parking-Konzepte können zur Reduzierung des Parksuchverkehrs führen.
- Zügige Umsetzung der Entwicklung eines einheitlichen Online-Formulars für die Einreichung von Bauanträgen, welches alle im Verfahren betroffenen Parteien für die gesamte Antragstellung nutzen können. Vollständige digitale Archivierung von Bauakten und abgeschlossenen Vorgängen, beispielsweise von Baugenehmigungen, Plänen und sonstigen baurechtlichen Unterlagen von Liegenschaften.
- Anerkennung der Schlüsselrolle von Rechenzentren als kritische Infrastruktur im digitalen Zeitalter und Überprüfung restriktiver Vorgaben für deren Bau und Betrieb.
- Kein Ausbremsen der digitalen Infrastruktur durch Einschränkungen des Baus von Rechenzentren, sondern stadtweite Ansiedlung ermöglichen.
- Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen und leistungsfähiger Energienetze, um den Betrieb von Rechenzentren sowie die Ansiedlung innovativer Unternehmen und Startups zu fördern und die digitale Vorreiterrolle Frankfurts auszubauen.
- Synergien nutzen: Integration von Rechenzentren in die kommunale Wärmeplanung, um umliegende Gebiete effizient mit Wärme zu versorgen.
- In Zusammenarbeit mit Rechenzentrumsbetreibern planerische Vorbereitungen zur Stromversorgung und Abwärmenutzung durch ausreichend Flächenbedarfe für Großwärmepumpen sowie notwendige Stromnetzkapazitäten treffen.

FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS

Flächendeckende leistungsfähige Breitbandversorgung sicherstellen

Die Ergebnisse der IHK-Standortumfrage 2024 zeigen, dass Unternehmen im Main-Taunus-Kreis und im Hochtaunuskreis sehr ähnliche Prioritäten hinsichtlich der wichtigsten Standortfaktoren und aktuellen Handlungsbedarfe setzen: Im Main-Taunus-Kreis messen die Unternehmen der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren die größte Bedeutung bei und bewerten diesen Faktor auf Platz eins der 32 abgefragten Standortfaktoren. Auch die Dauer von Genehmigungsverfahren wird als sehr wichtig erachtet und wird auf Platz zwei platziert. Im Hochtaunuskreis werden diese beiden Faktoren umgekehrt eingestuft: Hier steht die Dauer von Genehmigungsverfahren an erster Stelle, gefolgt von der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren.

Ein weiterer wichtiger Faktor für beide Landkreise ist die Breitbandversorgung, die im Main-Taunus-Kreis auf Platz vier und im Hochtaunuskreis auf Platz neun der 32 untersuchten Standortfaktoren und -bedarfe liegt. Im Main-Taunus-Kreis hat die Relevanz der Breitbandversorgung im Vergleich zum Jahr 2020 etwas zugenommen, während sie im Hochtaunuskreis leicht abgenommen hat. Insgesamt zeigen die Umfrageergebnisse,

dass die Bedeutung der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren und der Dauer von Genehmigungsverfahren seit der Befragung im Jahr 2020 stark gewachsen ist.

Durch den verstärkten Einsatz digitaler Technologien könnten vorhandene Kostensenkungspotenziale und Möglichkeiten der Beschleunigung von Verfahren in der Verwaltung genutzt werden.

- Sicherstellung einer ausreichenden leistungsfähigen Breitbandversorgung in allen Gebieten des Hochtaunuskreises und des Main-Taunus-Kreises.
- Systematischer Ausbau der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren in den Landratsämtern, Rathäusern und sonstigen Verwaltungseinrichtungen des Hochtaunus- und Main-Taunus-Kreises. Auf- bzw. Ausbau von öffentlichem WLAN zur Förderung des Einzelhandels an den Einzelhandelsstandorten und an den touristisch stark frequentierten Orten.
- Beteiligung der Kommunen in den Landkreisen an der Initiative des Regionalverbands FrankfurtRheinMain „Gigabitregion FrankfurtRheinMain 2025“ und frühzeitige Inanspruchnahme von Fördermitteln.

KONTAKT

Patricia C. Borna
Unternehmenskommunikation
069 2197-1254
p.borna@frankfurt-main.ihk.de

Dr. Thomas Steigleder
Innovation und Umwelt
069 2197-1293
t.steigleder@frankfurt-main.ihk.de

Dr. Alexander Theiss
Standortpolitik
069 2197-1332
a.theiss@frankfurt-main.ihk.de

5. BILDUNG UND FACHKRÄFTE



WIE ES IST

I Der Fach- und Arbeitskräftemangel nimmt zu: Der Fach- und Arbeitskräftemangel gehört bei den IHK-Konjunkturmfragen regelmäßig zu den am häufigsten genannten Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen. Mit der zunehmenden Verrentung der sogenannten Baby-Boomer-Generation wird das Gewinnen von Fach- und Arbeitskräften in Zukunft eine noch größere Herausforderung für die Unternehmen. Von dem notwendigen Personal hängt auch die Erreichung vieler anderer Ziele ab, wie etwa die nachhaltige Transformation der Wirtschaft und damit die Schaffung von neuem Wirtschaftswachstum.

Die Fach- und Arbeitskräftesicherung ist daher eine ständige und wichtige Aufgabe aller Akteure am Arbeitsmarkt. Das **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** bietet den Unternehmen neue Möglichkeiten bei der internationalen Rekrutierung. Die kommunalen Ausländerbehörden nehmen im neuen Prozess eine wichtige Funktion ein, können die Vielzahl an Anfragen zum Teil aber nicht mehr zeitnah bearbeiten. Geopolitische Krisen sorgen darüber hinaus für Flüchtlingsbewegungen, die kaum vorauszusagen sind und die Kommunen vor zusätzliche Herausforderungen stellen.

Auch **Ausbildungsunternehmen** berichten über einen immer höheren Aufwand, geeignete Bewerber zu finden. Gleichzeitig ist ihre Kompromissbereitschaft gegenüber benachteiligten und schwächeren Schülerinnen und Schülern deutlich gestiegen.

I Geringes Interesse an einer beruflichen Ausbildung: Nur maximal 40 Prozent aller für Berufsausbildung bei der Arbeitsagentur registrierten Interessenten beginnen auch tatsächlich eine duale Berufsausbildung.¹⁵ Dies weist auf eine Berufsorientierung an Schulen hin, die während der Corona-Zeit nicht stattfand.

I Ausstattung der Berufsschulen nicht zeitgemäß: Die Attraktivität der dualen Berufsausbildung hängt auch mit der Attraktivität und zeitgemäßen Ausstattung der Berufsschulen zusammen. Etliche Schulen im IHK-Bezirk haben einen hohen Sanierungsbedarf, sie weisen offene Decken, unverputzte Leitungen, veraltete Fachräume auf. Beispiele sind die Paul-Ehrlich-Schule und Ludwig-Erhard-Schule in Frankfurt am Main und die Feldbergschule in Oberursel. An etlichen Schulen fehlt es darüber hinaus an WLAN-Ausstattung und digitaler Infrastruktur. Die Beauftragung von Lehrkräften mit der Administration der IT-Infrastruktur verstärkt den Mangel an Lehrkräften für IT-, Metall- und Elektroberufe nur.

15 Quelle: Agenturen für Arbeit Frankfurt am Main und Bad Homburg vor der Höhe

Schulentwicklungspläne: Für Frankfurt am Main und für den Hochtaunuskreis sind neue Schulentwicklungspläne verabschiedet worden. Ihre Umsetzung ist schleppend.

OloV-Strategie: In Frankfurt am Main und in den Landkreisen arbeiten drei Gremien zur Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit (OloV) am besseren Übergang von den Schulen in den Beruf. Sie verabreden Angebote zur Berufsorientierung und zum Übergang in die Berufsausbildung.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausbaufähig: Das Betreuungsangebot in Kitas und im Rahmen von schulischen Ganztagsgesangeboten ist ein wichtiger Hebel zur Hebung inländischer Fach- und Arbeitskräfte, aber auch ein wichtiges Argument bei

der Anwerbung ausländischer Fach- und Arbeitskräfte. Das Angebot wurde in den letzten Jahren bereits ausgebaut. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, ist aber eine noch größere Kraftanstrengung notwendig. Lange Wartelisten, unzureichende Betreuungszeiten und Engpässe beim Personal verhindern eine weitere Verbesserung der Betreuungssituation.

Dies wird auch durch die IHK-Standortumfrage im Jahr 2024 untermauert: Besonders die Unternehmen in Frankfurt am Main und im Hochtaunuskreis sehen weiterhin einen hohen Handlungsbedarf beim Thema Kinderbetreuungsangebot. Dieser Bedarf hat zudem seit der Befragung im Jahr 2020 noch an Bedeutung für die Unternehmen zugenommen.

WAS ZU TUN IST

Die OloV-Kreise sind gefordert, ihre Aktivitäten zur Berufsorientierung auszubauen: Besonders Veranstaltungen und Angebote für die gymnasialen Schulformen sind auszuweiten. Im gesamten IHK-Bezirk sind Kontakte zu Eltern aufzunehmen. Informationsangebote sollten sich nicht nur an Eltern in den Vorabgänger- und Abgängerklassen richten. Bei Elternveranstaltungen zum Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule kann über die Durchlässigkeit des hessischen Schulsystems informiert und die Notwendigkeit eines Abiturs hinterfragt werden.

Bildungsmonitoring einrichten: Die OloV-Kreise sollten möglichst aktuell die Einmündung von Schülerinnen und Schülern in den regionalen Ausbildungsmarkt verfolgen. Zudem sollten die Berufsorientierungs-Aktivitäten an Gymnasien mehr in den Blick genommen werden. Daher ist ein Bildungsmonitoring dringend erforderlich.

Schulentwicklungspläne gezielt für die Nachwuchsentwicklung nutzen und Planungskapazitäten vorhalten: Angesichts knapper Kassen sollten die Kommunen gezielter den Wirtschaftsstandort stärken. Dazu gehört auch, sich mehr dem Bedarf an Fachkräftenachwuchs zu widmen und mit den beruflichen Schulen gezielte Maßnahmen dafür zu entwickeln. Priorität bei den Schulentwicklungsplänen für die beruflichen Schulen sollte daher die Nachfrage der Wirtschaft nach Fach- und Arbeitskräften haben. Insofern sollten sämtliche Schulformen an beruflichen Schulen auf den Prüfstand kommen und diese sollten sich am gelungenen Übergang in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt orientieren. Die Kommunen sollten genügend Planungskapazitäten

vorhalten, um die Anforderungen aus der Schulentwicklungsplanung und dem zu erwartenden Digitalpakt 2.0 umzusetzen. Die Umsetzung für berufliche Schulen ist vorzuziehen, da diese Investitionen sich unmittelbar positiv auf den Wirtschaftsstandort auswirken. Die Mittel des Digitalpaktes sind mit Mitteln zu ergänzen, die die Anschaffung von Lernplattformen und Lernsoftware erlauben. Die Kommunen sollten einen professionellen IT-Support sicherstellen.

Ganztagsbetreuung ausweiten: Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollte flächendeckend eine verlässliche Ganztagsbetreuung bei Kitas und Grundschulen sichergestellt werden. Insbesondere in den Randzeiten und in den Ferien besteht nach wie vor Nachholbedarf. Noch bestehende Marktbarrieren für privat-gewerbliche Träger sollten abgebaut werden, um mehr marktwirtschaftliche Lösungen zu ermöglichen. Um dem Fach- und Arbeitskräftemangel in den Betreuungseinrichtungen selbst zu begegnen, sollten Initiativen immer auch den Erziehungsbereich berücksichtigen.

Schnelle Antragsbearbeitung und ausreichende personelle Ausstattung: Die Ausländerbehörden sollten insbesondere vor dem Hintergrund des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes eine schnelle Bearbeitung der Anträge sicherstellen. Eine ausreichende personelle Ausstattung ist hierfür Voraussetzung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Ausländerbehörden sollten zudem die Bedenken hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Ermessensspielräume genommen werden.

WAS LEISTET DIE IHK FRANKFURT AM MAIN

- Die IHK Frankfurt am Main ist in unterschiedlichsten kommunalen Gremien aktiv – etwa in den Beiräten der kommunalen Jobcenter – und setzt sich dort für verbesserte Rahmenbedingungen bei der Fachkräftegewinnung ein.
- Zur Stärkung der Berufsorientierung unterstützt die IHK Frankfurt am Main die Entsendung von Auszubildenden als Ausbildungsbotschafter in den Unterricht.
- Mit praxisorientierten Workshops und Unterstützung bei der Curriculaentwicklung unterstützt die IHK Frankfurt am Main Lehrkräfte bei ihrem Unterricht zur Berufsorientierung. Die Eltern von Grundschulkindern der vierten Klasse informiert die IHK über den Fachkräftebedarf der Zukunft und die Durchlässigkeit der beruflichen und akademischen Wege.
- Mit Veranstaltungen wie dem Speed-Dating oder dem IHK-Recruiting-Tag unterstützt die IHK Frankfurt am Main ihre Ausbildungsbetreuer beim Ausbildungsmarketing. Mit Veranstaltungen und Jobbörsen zur Inklusion sowie mit Veranstaltungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie trägt die IHK Frankfurt am Main zudem zur Hebung von Fach- und Arbeitskräftepotenzialen bei.
- Die IHK Frankfurt am Main vernetzt sich mit den Hochschulen vor Ort, um Studienzweifler möglichst für eine Ausbildungsberatung zu gewinnen. Die IHK Frankfurt am Main setzt darüber hinaus ihre individuelle Beratung von Studienabrechern fort.
- Die IHK Frankfurt am Main setzt ihr Informationsbüro Duales Studium Hessen zur Beratung von Schülerinnen und Schülern und von Unternehmen fort.
- Die IHK Frankfurt am Main bietet ihren Mitgliedsunternehmen verschiedene Instrumente zur Personalentwicklung an. Dazu gehören Qualifikationsbausteine, Zertifikate für betriebliche Funktionen, die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und das Nachholen von Berufsabschlüssen.
- Mit einer Webinarreihe zur Gewinnung von internationalen Fach- und Arbeitskräften für Unternehmen informiert die IHK Frankfurt am Main in Kooperation mit weiteren hessischen Industrie- und Handelskammern über neue gesetzliche Regelungen zur Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland. Mit weiteren Veranstaltungen, beispielsweise der Durchführung eines Fachkräftekongresses mit zahlreichen Themenforen, bietet die IHK Frankfurt am Main darüber hinaus eine Plattform für den Austausch zwischen Politik und Wirtschaft.
- Gemeinsam mit dem Regionalverband FrankfurtRheinMain betreibt die IHK Frankfurt am Main das FrankfurtRheinMain International Office. Es steht internationalen Fach- und Arbeitskräften und Unternehmen als Erstanlaufstelle mit persönlicher Beratung zur Seite.
- Mit dem IHK-Fachkräftereport auf Basis der Konjunkturumfragen analysiert die IHK Frankfurt am Main regelmäßig die Fachkräftebedarfe in den verschiedenen Branchen und leitet daraus konkrete Forderungen an die Politik ab.
- Ein weiterer Schwerpunkt der IHK Frankfurt am Main liegt in der Bereitstellung von Informationen in den Bereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Inklusion. Die IHK Frankfurt am Main ist daher Kooperationspartnerin des Hessischen Unternehmerinnentages und Mitinitiatorin des Personalforums „Personal. Fachkräfte. Diversity. – Inklusion in Ausbildung und Beruf“.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Wie die IHK-Standortumfrage 2024 zeigt, wird der Handlungsbedarf in Bezug auf die Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften von den Unternehmen in Frankfurt am Main weiterhin als besonders relevant eingestuft. Somit nahm dieser Bedarf im Jahr 2024 den Platz zehn der wichtigsten Handlungsbedarfe ein. Dabei wird aktuell die Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften als relevanter eingeschätzt als die Verfügbarkeit von akademisch qualifizierten Arbeitskräften.

Neben der notwendigen Ausweisung von Wohnbauland zur Bereitstellung beziehbaren Wohnraums in der Nähe der Arbeitsplätze ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Ausbildung künftiger Generationen von Fachkräften ein wichtiger Ansatzpunkt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Hier sind insbesondere die Rahmenbedingungen in den Berufsschulen zu nennen. Auch die Unternehmen in Frankfurt am Main haben im Rahmen der IHK-Standortumfrage im Vergleich zum Jahr 2020 einen gestiegenen Handlungsbedarf hinsichtlich des Schulangebots geäußert.

Sanierung und Digitalisierung der Berufsschulen vorantreiben, Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen zügig umsetzen, Bildungsmonitoring einrichten

Modern ausgestattete Schulen und funktionale Immobilien, in denen Schüler sich wohlfühlen können, tragen wesentlich zur Attraktivität der dualen Berufsausbildung bei. Trotz Schulentwicklungsplan gibt es einen Rückstau sowohl für den Bau neuer Schulen als auch für die Sanierung. Die Stadt ist aufgefordert, den Bau des Bildungscampus West sowie die Sanierung der Bertha-Jourdan-Schule und der Julius-Leber-Schule als oberste Priorität anzugehen.

Zudem haben Gespräche mit den Frankfurter Ausbildungsunternehmen gezeigt, dass diese sich über eine höhere Nachfrage von Auszubildenden aus der Stadt freuen würden. Denn seit mehr als fünfzehn Jahren wohnt nur ein Viertel aller IHK-Auszubildenden in Frankfurt am Main. Umfragen unter Schülerinnen und Schülern zeigen lediglich ein geringes Interesse an der dualen Berufsausbildung. Gleichwohl ist nicht allen ein beruflicher Weg

über ein Studium möglich. Es stellt sich daher die Frage, welche Ziele und Wege Schulabgänger in Frankfurt am Main verfolgen. Die Nachfrage nach Ausbildung, Studium und weiterführenden Schulen sind Aspekte, die in Frankfurt am Main derzeit noch nicht ausreichend beobachtet und analysiert werden.

- Zügige Umsetzung des Schulentwicklungsplans für Berufsschulen, Sanierung von Schulen, Vorantreiben der Planungen für den Bau neuer Schulen.
- Zügige Ausstattung sämtlicher Berufsschulen mit WLAN und moderner IT-Infrastruktur zur Umsetzung von Distanzunterricht und Arbeit mit Lernplattformen.
- Dringende Sanierung von Berufsschulen, allen voran Paul-Ehrlich-Schule, Julius-Leber-Schule und Bertha-Jourdan-Schule.
- Etablierung eines umfassenden Bildungsmonitorings, um die Ergebnisse der umfangreichen städtischen Investitionen von mehr als 800 Mio. Euro in Kindergärten und Schulen zu messen.

Fach- und Arbeitskräftepotenziale erschließen, Betreuungsangebote ausweiten

Der Fachkräftemangel gehörte regelmäßig zu den Top-Risiken für die weitere Entwicklung der regionalen Wirtschaft. In der IHK-Konjunkturumfrage zum Jahresbeginn 2025 führten ihn trotz wirtschaftlicher Stagnation 40 Prozent der Unternehmen als Risiko an.

Hierbei handelt es sich um ein strukturelles Risiko, welches durch den demografischen Wandel in den kommenden Jahren noch einmal größer werden wird und viele Unternehmen in den kommenden Jahren stärker treffen wird. Trotz eines anhaltend hohen Zuzugs aus dem Ausland in die Region bleibt das Angebot an Fach- und Arbeitskräften knapp und Unternehmen in vielen Branchen sind unverändert auf der Suche nach Personal. Um die Unternehmen zu unterstützen, sollte die Stadt Frankfurt am Main die Rahmenbedingungen vor Ort weiter verbessern, die noch vorhandenen Arbeits- und Fachkräftepotenziale stärker heben und ihre Attraktivität für internationale Fachkräfte weiter erhöhen. Insbesondere die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie am Standort Frankfurt am

Main ist ein wichtiger Hebel gegen den Fachkräftemangel. Hier sind trotz der Ausweitung der kommunalen Angebote in den zurückliegenden Jahren noch erhebliche Bedarfe zu erkennen.

- Ausbau der Kita-Plätze weiter vorantreiben, Gewährleistung von verlässlichen Betreuungszeiten in Kitas und Grundschulen.
- Ausreichende personelle Ausstattung der Ausländerbehörde und schnellere Bearbeitung von Anfragen. Abbau von Bedenken hinsichtlich der Wahrnehmung von Ermessensspielräumen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

- Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vor Ort, Vermittlung einer Willkommenskultur.
- Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit, Beseitigung von Vermittlungshemmissen, individuelle Förderung der Arbeitsmarktintegration in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen und Kammern.

FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS

Im Main-Taunus-Kreis sowie im Hochtaunuskreis wird die Verfügbarkeit von beruflich qualifizierten Arbeitskräften in der Standortumfrage auf Platz sechs von insgesamt 32 Standortfaktoren eingestuft, was einen hohen Handlungsbedarf signalisiert. Im Hinblick auf die Verfügbarkeit von akademisch qualifizierten Arbeitskräften sehen die Unternehmen in beiden Landkreisen jedoch einen geringeren Handlungsbedarf. Als weiteres wichtiges Verbesserungspotenzial wird das Kinderbetreuungsangebot insbesondere im Hochtaunuskreis identifiziert. Während sich der Handlungsbedarf beim Kinderbetreuungsangebot im Main-Taunus-Kreis laut Rückmeldung der Unternehmen im Jahr 2024 auf einem moderaten Niveau befindet, ist der Bedarf im Hochtaunuskreis im Vergleich zur Befragung im Jahr 2020 Jahr gestiegen.

Berufsschulen an die Anforderungen der digitalen Transformation anpassen

Die digitale Transformation bietet vielfältige wirtschaftliche und gesellschaftliche Chancen. Durch sie ergeben sich aber auch besondere Herausforderungen. Dazu gehören zum Beispiel die sich verändernden Kompetenzanforderungen an die Beschäftigten. Der beruflichen Weiterbildung wird daher in den kommenden Jahren eine noch stärkere Rolle zukommen als bislang. Die berufliche Ausbildung sollte flexibel und anpassungsfähig sein, um dem technologischen Wandel gerecht zu werden. Dies beginnt mit einer zeitgemäßen IT-Ausstattung in den Berufsschulen.

- Zügige Umsetzung der in den Schulentwicklungsplänen 2019 der Landkreise vorgesehenen Maßnahmen.
- Sanierung der Feldbergschule (Hauptstelle).

- Einführung eines Bildungsmonitorings.
- Einführung eines professionellen IT-Supports für die Berufsschulen. Vorrangige Anpassung des Lehr- und Lernangebots an den technisch orientierten Berufsschulen an die zukünftigen Anforderungen von Industrie 4.0 (Hochtaunusschule und Brühlwiesenschule).
- Voraussetzungen für Distanzunterricht an den Berufsschulen schaffen.

Fachkräftepotenzial erschließen, Betreuungsangebote ausweiten

Die berufliche Ausbildung in den Berufsschulen und Unternehmen bildet – neben den Hochschulen in der Region – einen wichtigen Eckpfeiler für die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften. Neben der Schaffung der notwendigen Bildungsinfrastruktur kann die Kommunalpolitik vor allem Einfluss auf die Betreuungssituation und damit die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf nehmen. Das neue Fachkräfteeinwanderungsgesetz bietet zudem neue Möglichkeiten, um Fachkräfte aus dem Ausland in die Region zu holen. Den kommunalen Behörden kommt durch die hervorgehobene Stellung ihrer Ausländerbehörden in der Umsetzung dieses Gesetzes eine wichtige Funktion zu.

- Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Kitas und den Schulen vorantreiben. Verbesserung der Betreuungsangebote in Randzeiten und in den Ferien.
- Weiterer Ausbau an bilingualen Betreuungseinrichtungen und Schulangeboten.

- Einrichtung von „Willkommensbehörden“ in den Landkreisen
 - Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes vor Ort.
- Individuelle Förderung der Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten in enger Zusammenarbeit mit Unternehmen, Kammern und weiteren Arbeitsmarkakteuren.
- Unterstützung betrieblicher Anstrengungen zur Gesundheitsförderung durch kommunale Gesundheitsförderung.
- IHK-Qualitätszeichen „Ausgezeichneter Wohnort für Fachkräfte“ als Rekrutierungsinstrument einsetzen.

KONTAKT

Dr. Brigitte Scheuerle

Aus- und Weiterbildung
069 2197-1241

b.scheuerle@frankfurt-main.ihk.de

Sebastian Trippen

Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung
069 2197-1482
s.trippen@frankfurt-main.ihk.de

6. KOMMUNALFINANZEN

WIE ES IST

■ **Angespannte Finanzlage bei vielen hessischen Kommunen:**

Die Gewinneinbußen der Unternehmen in der Coronapandemie haben zu teilweise deutlichen Steuerrückgängen bei den Kommunen in Hessen geführt. Jedoch schon vor der Pandemie hatten viele Kommunen – damals trotz Rekordsteuereinnahmen – Probleme, ihren Haushalt ohne zusätzliche Kredite auszugleichen. Die Finanzlage ist bei zahlreichen hessischen Kommunen weiterhin angespannt. Das Problem liegt dabei auf der Ausgabenseite: In der Regel sind nicht die kommunalen Einnahmen zu niedrig, sondern die Ausgaben der Kommunen zu hoch. Von Seiten des hessischen Städterates und des hessischen Städte- und Gemeindebundes wird in diesem Zusammenhang angeführt, dass die Kommunen die Aufgaben, die sie haben, nicht durch ihre Einnahmen decken können. Problematisch sei hierbei, dass den Kommunen sehr viele Aufgaben von Bund und Land zugewiesen würden, ohne dass die Finanzierung dieser Aufgaben ausreichend gewährleistet werde.

Allerdings sind es auch die kommunalen Spitzenverbände, die für die Kommunen weitere Aufgabenbefugnisse fordern, wie zusätzliche Satzungskompetenzen oder auch die Aufhebung von gesetzlichen Satzungskompetenzen ablehnen. Weniger kommunale Satzungen können nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Kommunen einen personellen und finanziellen Entlastungsbeitrag bewirken.

■ **Die Gewerbesteuer unterliegt starken Schwankungen:** Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle der Kommunen. Sie stellt eine Sonderbelastung für Gewerbebetriebe dar, wobei in

bestimmten Städten und Gemeinden nur relativ wenige Unternehmen Gewerbesteuer zahlen und somit ihr Aufkommen sehr heterogen ist. Hinzu kommt, dass die Gewerbesteuer in zahlreichen Kommunen ohnehin erheblichen Schwankungen unterliegt. Diese erschweren eine verlässliche Haushaltsplanung.

■ **Gewicht der Gewerbesteuer deutlich erhöht:** Die Unternehmenssteuerreform 2008 hat bewirkt, dass der örtliche Gewerbesteuerhebesatz deutlich stärker über die Standortqualität einer Kommune und die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Unternehmen entscheidet. Sie hat das relative Gewicht der Gewerbesteuer im Verhältnis zu den Unternehmenssteuern – insbesondere bei Kapitalgesellschaften – deutlich erhöht. Verschieden hohe Gewerbesteuerhebesätze führen somit zu größeren Unterschieden bei der steuerlichen Belastung als vorher. Der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz der Kommunen im Bezirk der IHK Frankfurt am Main (ohne die Stadt Frankfurt am Main) ist von 314 im Jahr 2010 auf 372 Prozent im Jahr 2024 angestiegen.¹⁶ In Frankfurt am Main blieb der Gewerbesteuerhebesatz konstant bei für die Region sehr hohen 460 Prozent.

■ **Die Schulden steigen weiter:** Dies galt schon, bevor sich die Coronapandemie auf die Kommunalfinanzen auswirkte. So erhöhten sich die Schulden der Kommunen im IHK-Bezirk (ohne die Stadt Frankfurt am Main) seit 2010 von 364 auf 671 Mio. Euro im Jahr 2022. Hinzu kommen Schulden der Eigenbetriebe und Eigengesellschaften sowie Kassenkredite und -fehlbeträge. Auch in Frankfurt am Main stiegen die Schulden in diesem Zeitraum von 1,1 auf 2,5 Mrd. Euro.¹⁷

16 Quelle: Eigene Erhebungen

17 Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Schulden der Kernhaushalte der hessischen Gemeinden

WAS ZU TUN IST

I Steuererhöhungen vermeiden sowie keine neuen kommunalen Steuern einführen: Erhöhungen der Hebesätze der Gewerbe- und Grundsteuer in den Kommunen sollten unterbleiben. Zudem sollten keine neuen kommunalen Steuern und Sonderabgaben eingeführt werden. Steuersenkungspotenziale sollten in den Kommunen gleichwohl geprüft werden. Denn Steuersenkungen würden die Liquiditätslage der Unternehmen grundsätzlich verbessern und ihnen ergänzend helfen, negative finanzielle Auswirkungen der Coronapandemie endgültig zu überwinden.

I Aufgaben und Ausgaben überprüfen – Konnexitätsprinzip stärken: Alle kommunalen Aufgaben und Ausgaben – auch der Eigenbetriebe und der kommunalen Unternehmen – sollten einer ständigen kritischen Überprüfung auf ihre Notwendigkeit unterzogen werden. Kommunen sollten nur Ausgaben leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet sind oder die bei Anlegung strenger Maßstäbe dringend erforderlich sind (z. B. standortforderliche Investitionen). In diesem Zusammenhang sollte das Konnexitätsprinzip gestärkt werden. Konnexität bedeutet, dass die politische Ebene, die eine Aufgabe vergibt, diese auch finanziert. Dieser Grundsatz wird bei der Vergabe von Aufgaben durch Bund und Länder an Kommunen häufig nicht beachtet. Bei allen Pflichtleistungen für Kommunen sollten zudem Ermessensspielräume für Einsparungen konsequent genutzt werden. Dabei wird es unumgänglich sein, über eine generelle Senkung von kommunalen Standards nachzudenken, d. h. über das, was in einer Kommune leistbar ist und was nicht.

I Effizient wirtschaften: Kommunen sollten ihr Angebot zu den niedrigstmöglichen Kosten bereitstellen. Privatisierungsmöglichkeiten sollten geprüft und dort umgesetzt werden, wo sie sinnvoll sind. Hieraus resultierende Erlöse sollten zur nachhaltigen Reduzierung der Schulden verwendet werden. Eine Ausweitung der unternehmerischen Betätigung der Kommunen wird von der Privatwirtschaft kritisch gesehen. Außerdem sollten die Kommunen prüfen, in welchen Bereichen sie verstärkt zusammenarbeiten können. Denn interkommunale Zusammenarbeit schafft neue Spielräume für die an der Kooperation beteiligten Kommunen.

I In guten Jahren Schulden tilgen und Rücklagen bilden: Wenn die Steuereinnahmen steigen, sollten die Kommunen Schulden tilgen und – soweit möglich – auch Rücklagen bilden, um in Jahren mit geringeren Steuereinnahmen auf diese Rücklagen zurückzugreifen.

I Finanzielle Basis sichern: Kommunen und deren Spitzenverbände sollten die Vorschläge zur Ersetzung der im Aufkommen stark schwankenden und mit hohen bürokratischen Lasten verbundenen Gewerbesteuer durch eine gewinnabhängige – alle in der Gemeinde wirtschaftlich Tätigen einbeziehende – Kommunalsteuer mit einem Hebesatzrecht der Gemeinden unterstützen. So könnte auch das Steuersystem wesentlich vereinfacht werden, weil keine zusätzliche Gewinnermittlung für die Gewerbesteuer erforderlich wäre. Außerdem könnten die Kommunen an einer stabilen Steuer, z. B. Lohn- und/oder Umsatzsteuer, höher beteiligt werden. Ertragsunabhängige Hinzurechnungen sollten beseitigt werden.

WAS LEISTET DIE IHK FRANKFURT AM MAIN

I Ziel der IHK Frankfurt am Main ist es, die Kommunen für die Auswirkungen der von ihnen festgesetzten Realsteuerhebesätze auf Wettbewerbsfähigkeit und Standortwahl der IHK-Mitgliedsunternehmen zu sensibilisieren. Hierzu weist die IHK in Stellungnahmen und Gesprächen mit kommunalen Vertretern auf negative Konsequenzen hoher Hebesätze hin und fordert, Senkungspotenziale zu prüfen und wenn möglich zu realisieren.

I Bei geplanten finanz- und steuerpolitischen Maßnahmen, die Mitgliedsunternehmen betreffen (z. B. Reform des kommunalen Finanzausgleichs, Grundsteuerreform), weisen die IHK Frankfurt am Main und der Hessische Industrie- und Handelskammertag in

Stellungnahmen und in Gesprächen mit kommunalen Vertretern sowie Landesvertretern auf mögliche negative Konsequenzen für ihre Mitglieder hin, die einen großen Teil der kommunalen Einnahmen erbringen.

I Mitgliedsunternehmen, die ihre Steuerbelastung berechnen möchten, und investitionswillige Unternehmen, die einen Standort suchen, fragen die Höhe der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze nach. Aus diesem Grund erstellt die IHK Frankfurt am Main jährlich eine Übersicht über die Entwicklung dieser Hebesätze in den Kommunen des IHK-Bezirks.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FORDERUNGEN

FORDERUNGEN AN DIE STADT FRANKFURT AM MAIN

Gewerbesteuerhebesatz reduzieren, Schulden und Defizite abbauen

Der Gewerbesteuerhebesatz in Frankfurt am Main ist mit 460 Prozent nicht mehr absolute Spitze in Deutschland, aber nach wie vor im Vergleich zu anderen Großstädten relativ hoch. Er bewirkt, dass bei Kapitalgesellschaften die Gewerbesteuerbelastung (16,1 Prozent) höher ist als die Körperschaftsteuerbelastung (15 Prozent) und bei Personenunternehmen die Gewerbesteuer nicht in voller Höhe mit der Einkommensteuer verrechnet werden kann. Während in Frankfurt am Main die Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft 31,925 Prozent (16,1 Prozent plus 15 Prozent plus 0,825 Prozent Solidaritätszuschlag) beträgt, liegt sie im Durchschnitt für Deutschland bei 29,9 Prozent. In einem internationalen Vergleich des Bundesministeriums der Finanzen liegen nur Japan mit 30,4 und Malta mit 35,0 Prozent über dem Wert für Deutschland. In anderen Staaten liegt die Steuerbelastung einer Kapitalgesellschaft häufig deutlich unter 30 Prozent.¹⁸ Vor diesem Hintergrund wäre eine Erhöhung des Hebesatzes definitiv der falsche Weg, idealerweise sollte er gesenkt werden.

Unter den in der IHK-Standortumfrage 2024 abgefragten Faktoren im Bereich Standortkosten sehen die Unternehmen in Frankfurt am Main einen hohen Handlungsbedarf hinsichtlich der Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer und platzierten den Standortfaktor insgesamt auf Platz vier der wichtigsten Verbesserungspotenziale. Eine Senkung des Hebesatzes würde ein positives Signal an investitionswillige Unternehmen senden, am Standort Frankfurt am Main zu investieren. Auf mittlere Sicht würden Neuansiedlungen die kurzzeitigen Mindereinnahmen überkompensieren und zusätzliche Arbeitsplätze in die Stadt bringen.

Der Schuldenstand der Stadt Frankfurt am Main lag im Jahr 2022 bei 2,5 Mrd. Euro. Hinzu kommt ein Bestand an Kassenkrediten von 92 Mio. Euro im Jahr 2022. 2016 lag der Schul-

denstand der Stadt noch bei 1,5 Mrd. Euro. Insbesondere die Coronapandemie hat hier Spuren hinterlassen.¹⁹ Bei steigenden Steuereinnahmen sollte die Stadt künftig auch die Schuldentilgung angehen.

Der Etat der Stadt Frankfurt am Main für 2024 und 2025 sieht Defizite vor. Den Erträgen von 5,91 Mrd. Euro im Jahr 2024 und 5,47 Mrd. Euro im Jahr 2025 stehen Aufwendungen der Stadt von 6,02 Mrd. Euro im Jahr 2024 und 5,56 Mrd. Euro im Jahr 2025 gegenüber.²⁰ Die Stadt sollte das Ziel verfolgen, den Haushalt künftig auszugleichen und damit Defizite zu vermeiden.

- Keine Erhöhung, sondern idealerweise Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes in dem Maß, dass die Gewerbesteuer nicht mehr die Körperschaftsteuer übertrifft.
- Ausbau und Optimierung der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren zur Erhöhung der Kosteneffizienz bzw. Beschleunigung von Verwaltungsakten.
- Systematische Überprüfung der Ausgaben auf Einsparpotenziale.
- Fokussierung der kommunalen Ausgaben auf die Verbesserung der Infrastruktur und die Standortqualität für Unternehmen, um langfristig ausreichende kommunale Einnahmen generieren zu können.
- Beachtung der Verantwortung der Stadt für die Wohnkostenbelastung für Wohnungsgesellschaften, Wohnungseigentümer und Mieter – z. B. über die neue Grundsteuer seit dem Jahr 2025, Trink- und Abwassergebühren, Kosten der Müllabfuhr. Prüfung von Einsparpotenzialen und deren Weitergabe an die Endverbraucher.
- Bei steigenden Steuereinnahmen Schulden tilgen und – so weit möglich – auch Rücklagen bilden.

18 Quelle: Eigene Berechnung; Bundesministerium der Finanzen, Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2023, S. 12

19 Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Schulden der Kernhaushalte der hessischen Gemeinden

20 Stand: November 2024. Quelle: Stadt Frankfurt am Main, Pressemeldung vom 11.07.2024, „Ein Gemeinschaftswerk, das vieles in unserer Stadt verbessert“

FORDERUNGEN AN DIE LANDKREISE HOCHTAUNUS UND MAIN-TAUNUS

Gute Standortbedingungen für Unternehmen sind Voraussetzung für die finanzielle Handlungsfähigkeit von Kommunen

Die Coronapandemie hat sich auf die Finanzsituation der Kommunen im Hochtaunuskreis und Main-Taunus-Kreis negativ ausgewirkt. Die finanzielle Situation der Kommunen und der Landkreise hat sich inzwischen wieder einigermaßen „normalisiert“. Anzumerken ist, dass die vor der Pandemie konjunkturell guten Jahre nicht optimal genutzt worden sind, den kommunalen Schuldenberg zu reduzieren und die finanzielle Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern. Deshalb gilt es weiterhin, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die Wachstumskräfte bestmöglich entfalten können.

Auch die Unternehmen im Main-Taunus-Kreis und Hochtaunuskreis äußern im Rahmen der Standortumfrage 2024 einen hohen Handlungsbedarf bei den Themen kommunale Abgaben und Gebühren sowie bei der Höhe der Gewerbe- und Grundsteuer. In beiden Landkreisen zählen die zwei Bedarfe zu den zehn wichtigsten Handlungsfeldern. Zudem hat die Relevanz im Vergleich zur Befragung im Jahr 2020 für beide Bedarfe stark zugenommen.

Forderungen an die Kommunen in den Landkreisen Hochtaunus und Main-Taunus auf den Punkt gebracht:

- Keine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze in den Kommunen in der nächsten Legislaturperiode.
- Ausbau und Optimierung der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren zur Erhöhung der Kosteneffizienz bzw. Beschleunigung von Verwaltungsakten.
- Systematische Überprüfung der Ausgaben auf Einsparpotenziale.
- Fokussierung der kommunalen Ausgaben auf die Verbesserung der Infrastruktur und die Standortqualität für Unternehmen, um langfristig ausreichende kommunale Einnahmen generieren zu können.
- Beachtung der Verantwortung der Kommunen für die Wohnkostenbelastung für Wohnungsgesellschaften, Wohnungseigentümer und Mieter – z. B. über die neue Grundsteuer seit dem Jahr 2025, Trink- und Abwassergebühren, Kosten der Müllabfuhr. Prüfung von Einsparpotenzialen und deren Weitergabe an die Endverbraucher.
- Bei steigenden Steuereinnahmen Schulden tilgen und – so weit möglich – auch Rücklagen bilden.

KONTAKT

Carmen Tontsch
Recht und Steuern
069 2197-1438
c.tontsch@frankfurt-main.ihk.de

Michael Römer
Recht und Steuern
069 2197-1329
m.roemer@frankfurt-main.ihk.de



JETZT ABONNIEREN - NEWSLETTER DER IHK FRANKFURT AM MAIN

DIE THEMEN DER WIRTSCHAFT



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBER

Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

REDAKTION

Geschäftsfeld Wirtschaftspolitik und Metropolenentwicklung
Sebastian Trippen
Ann-Kristin Engelhardt
sowie genannte Ansprechpartner

GRAFIK UND LAYOUT

Sabrina Becker

BILDNACHWEIS

Kristin Langholz|Gründer-Journal S. 5
Adobe Stock: MasterSergeant Titel, madpixblue S. 14, j-mel S. 15, Oulaphone S. 21,
metamorworks S. 29, Kzenon S. 33

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet, Belegexemplar erbeten

Die Veröffentlichung erfolgt nach bestem Wissen, ohne jegliche Gewähr und Haftung für die Richtigkeit aller Angaben. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde in der Regel die männliche Schreibweise verwendet. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sowohl die männliche als auch die weibliche Schreibweise für die entsprechenden Beiträge gemeint ist.

IHK Frankfurt am Main, März 2025



www.frankfurt-main.ihk.de

**Industrie- und Handelskammer
Frankfurt am Main**
Börsenplatz 4
60313 Frankfurt am Main

IHK-Service-Center
Schillerstraße 11
60313 Frankfurt am Main
Telefon: +49 69 2197-1280
Telefax: +49 69 2197-1548
info@frankfurt-main.ihk.de

**IHK-Geschäftsstelle
Hochtaunus | Main-Taunus**
Ludwigstraße 10
61348 Bad Homburg
Telefon: +49 6172 1210-0
Telefax: +49 6172 22612
homburg@frankfurt-main.ihk.de

Bleiben Sie mit uns in Kontakt:

-  de.linkedin.com/company/ihkfrankfurt
-  [@ihk_ffm](https://instagram.com/ihk_ffm)
-  facebook.com/ihkfrankfurt
-  [@azubihk_ffm](https://twitter.com/azubihk_ffm)
-  youtube.com/ihkfrankfurt
-  x.com/IHK_FFM